

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis:
Wochenblatt 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
jährlich 12,60 Mk., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Zeilen-
breite oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche
Anzeigen 25 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Antiparlamentarischer Kretinismus.

Dreitausend Berliner Arbeiter haben sich am letzten Mittwoch
durch die Annahme der Resolution Friedeberg-Kater von
der „dogmatischen Auffassung des Marxismus“ und der Sozial-
demokratie feierlich losgesagt. Sie wollen künftig nicht mehr Sozial-
demokraten, sondern Anarchosozialisten heißen und wollen den
Kapitalismus stürzen durch „Entziehung und Verweigerung der
Arbeitskraft seitens der ganzen proletarischen Klasse“.

Nun wäre leicht versucht, diese absonderliche Erscheinung unter
dem bequemen Gesichtspunkt einer „Mißläufertheorie“ zu registrieren
und sich zu sagen, daß Männer, die eine solche Konfusion zum Pro-
gramm einer neuen sozialrevolutionären Partei erheben wollen,
niemals bewußte Anhänger der Sozialdemokratie gewesen sein
können, daß also ihre Erklärung zum „Anarchosozialismus“ nur der
notwendige äußere Ausdruck einer längst vorhandenen inneren Tat-
sache sei, die nicht vertuscht und nicht beschönigt werden dürfe.

Nichts begreiflicher, nichts selbstverständlicher, als daß eine Be-
wegung wie die proletarische, die mit titanischer Leidenschaft nach
ungeheuren Zielen strebt, niemals in jenem Zustand der satten
Selbstzufriedenheit und Selbstgenügsamkeit geraten kann, der für alle
herrschenden Klassen typisch ist. Nicht entschuldbarer für einen
Strebenden, Suchenden als ein Irrtum, eine Entgleisung, ja selbst
eine gelegentliche lästige Dummheit. Soll aber der tausendfach
gewundene Serpentinweg der Erkenntnis schließlich doch zur Höhe
und klaren Aussicht führen, so muß es doch Stappen geben, die als
zurückgelegt und überwunden gelten dürfen, die Diskussion darf nicht
um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

Eine solche überwundene Etappe schien bis vor wenigen Jahren
die Diskussion über den Parlamentarismus zu sein, die
frühere nationale und internationale Parteitage beherrschte hat.
Nögen auch die Meinungen darüber immer auseinandergehen, wie
weit die parlamentarische Aktion imstande ist, die Arbeiterbewegung
ihren letzten Zielen entgegenzuführen, so erfuhr die altbewährte
Taktik der Partei, immerhalb der bürgerlichen Gesellschaft keine Mög-
lichkeit des Vorwärtstommens außer acht zu lassen, die im Parla-
mentarismus sich bietende Gelegenheit zur Vermehrung der poli-
tischen Macht anzunehmen, innerhalb der Reichen der Partei keine
Anfechtung. Liebknecht, der im Jahre 1899 erklärt hatte, die
Frage des Sozialismus sei nicht im Parlament, sondern auf der
Straße zu entscheiden, führte 1890 auf dem Parteitage zu
dieser Stelle aus:

„Wessen Schuld ist es, wenn die Volksvertretung nichts taugt?
Schuld daran ist doch nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern der
Unverstand der Massen, die leider nur zu oft ihre eigenen Feinde
wählen. Da zeigt sich, wo wir den Hebel anzusetzen haben.
Von den 80 Prozent, die gegen uns sind, würden mindestens
noch neun Zehntel zu uns gehören; haben wir sie erobert, so
haben wir den Sieg.“

Niemand wird glauben, Liebknecht sei ein so leichtfertiger
Optimist gewesen, daß er angenommen habe, die Frage des
Sozialismus sei durch eine Reichstagsabstimmung zu erledigen.
Wohl aber erkannte er, daß der letzte Teil der Arbeit, die tatsächliche
Eroberung der politischen Gewalt, erst dann getan werden könnte,
wenn die große Masse der Bevölkerung zur sozialistischen Erkenntnis
erwacht sei. Dafür erschien ihm die parlamentarische Aktion als
das vorzüglichste Mittel, und darin stimmte ihm — abgesehen von
der kleinen, längst verschwundenen Schar der „Jungen“ — die ganze
Partei zu.

Im Jahre darauf erfolgte in Erfurt die endgültige Abrechnung
mit der antiparlamentarischen Sektiererei. Damals führte Debel
unter stürmischem Beifall des Parteitage aus:

„Eine Partei, die Millionen hinter sich hat, müsse vorsichtiger
operieren wie eine solche, die keine Bedeutung und keine Ver-
antwortung habe. Die Partei sei in der Lage einer Armee, die
gegen einen übermächtigen Feind kämpfe, dessen Stellung sie nicht
im Sturm nehmen könne, ohne sich die Köpfe einzuretzen.
Die ewige Kugel und das ewige Unruhewort in der Partei,
womit man nach außen den Glauben erwecke, als sei die Partei
gepalten, das müsse endlich aufhören.“

Im selben Jahre, wenige Monate zuvor, hatte sich Singer
auf dem internationalen Kongress zu Brüssel gegen den Versuch der
Holländer geltend, eine Renaufführung der Pariser Debatten zu
inszenieren. Das Kurze schlug vor, die „Frage des Parlama-
ntarismus“ von der Tagesordnung abzusetzen, worauf Fortujin
erklärte, er ziehe seinen Antrag zurück, da sich die Deutschen fürchteten,

diese Frage zur Diskussion zu stellen. Wegen dieser Insinuation
protestierte Singer. Es handle sich den Deutschen nur darum, eine
unfruchtbare Diskussion zu vermeiden. Die Deutschen hätten wirklich
keine Ursache, die Diskussion einer Frage zu scheuen, die vom ganzen
internationalen Proletariat seit je in ihrem Sinne entschieden worden
und von der ganzen proletarischen Welt als richtig und gut anerkannt
worden sei. Der Unterschied zwischen den Deutschen und den
Holländern sei einfach der, daß diese revolutionär reden,
während die Deutschen revolutionär handeln.

So schien bereits vor vierzehn Jahren die Frage des Parla-
mentarismus aufgehört zu haben für die Sozialdemokratie eine
Frage zu sein. Sie hat ein Sozialdemokrat im parlamentarischen
System bürgerlicher Republiken oder konstitutioneller Monarchien
aller politischen Weisheit letzten Schluß zu erblicken geglaubt, allen
erleiden der heutigen Parlamentarismus nur als Uebergangsstufe
oder Sprungbrett zu unendlich höheren Zielen. Für solche Ziele zu
kämpfen, konnte sich keine bessere Gelegenheit bieten, als auf der
Tribüne des Reichstages, auf der wir unsere Gegner zur Ant-
wort zwangen, die Wahlen wurden die großen Fest- und Kampf-
zeiten der gesamten Partei. Eine Flutwelle heller Vegetation
strömte von dieser „parlamentarischen Aktion“ aus, und in der
ganzen Welt schlug das Herz des internationalen Proletariats in
Stolz und Freude über den rastlosen gewaltigen Aufstieg der
deutschen Partei.

Das ist seit etwa zwei Jahren anders geworden. Die Freude
an den Erfolgen der Partei und damit die Hoffnung auf endliche
entscheidende Siege ist gedämpft worden durch eine nie ruhende Selbst-
kritik, die jeden einzelnen Fehler, der im Parlament oder in der
Wahlagitacion gemacht wurde — und wo werden keine Fehler ge-
macht? — als Zeichen eines gefährlichen Parteiverfalls betrachtete
und jeden Tag einen neuen hypochondrischen Zug im Antlitz der
Partei entdecken zu können vermeinte.

Die Diskussion über den politischen Massenstreik traf in eine
Zeit, in der die Kritik der parlamentarischen Aktion und ihre
„prinzipielle“ Geringschätzung bei manchen Parteischriststellern ihren
Höhepunkt erreicht hatte. So ward in der Tat im Schöße der
Partei das tragikomische anarchosozialistische Mißverständnis vor-
bereitet, das an die Stelle der parlamentarischen Aktion den General-
streik setzen will, während es sich der Partei doch vernünftigerweise
vor dem Handeln handelte, die Zahl der ihr zu Gebote
stehenden Mittel womöglich zu vermehren — und inwiefern
das durch den politischen Massenstreik geschehen kann,
darüber wird sich der Parteitag schlüssig machen — nicht
aber darum, in einer nervösen Laune alte wohl-
erprobte Kampfmittel zum alten Eisen zu werfen. Es ist kein
erfreulicher Ertrag unserer Parteibildungsarbeiten und kein Zeichen, daß sie
zu übermäßiger Begrifflichkeit geführt haben, wenn sie jetzt zu einer
Wiederholung jener Auseinandersetzungen über den bürgerlichen
Parlamentarismus führen sollten, deren Unfruchtbarkeit schon vor
14 Jahren klar eingesehen worden ist. Eine Bewegung, die vorwärts
schreitet, darf sich in ihrer Erkenntnis nicht zurückverlieren
zu einem Irrtum, den sie längst überwunden hat. Es ist be-
dauerlich, daß heute das Selbstverständliche wiederholt werden muß:
Das Festhalten an der parlamentarischen Aktion scheidet die Sozial-
demokratie von sektiererischen anarchosozialistischen Elementen,
deren Absichten möglicherweise sehr ehrlich, deren organi-
satorische Erfolge aber auch stets gleich null sein werden.
Für uns heißt es nicht, die bürgerliche Gesellschaft bekämpfen, wenn
man alle Möglichkeiten des Angriffs, die sie durch ihre eigene
Konstruktion gewährt, überieht und sich blindlings in eine „direkte
Aktion“ stürzt, die in Wahrheit die indirekteste, weil aussichtsloseste
der Welt ist.

Judem ist die anarchosozialistische Phrase von der „direkten Aktion“,
die durch gewerkschaftlichen Kampf die letzten wie die nächsten Ziele
der Revolution herbeiführen will, vielleicht in Frankreich noch einiger-
maßen verständlich, wo es doch immerhin „Parlamentarismus“
gibt, wo also die Unklaren, in der berechtigten Un-
gebuld und dem Mißtrauen gegen die Leistungen des
Parlamentarismus, die Ueberfälligkeit durch die Verwerfung
zu korrigieren suchen. In Deutschland aber gibt es noch gar keinen
Parlamentarismus, er ist noch das wichtige Kampfobjekt für das
Proletariat, das nicht am Ende, sondern erst am Anfang seines
entscheidenden Kampfes steht. Weder im Reich, noch in
den Einzelstaaten existiert wirklicher Parlamentarismus. Der Reichs-
tag ist nicht allzu weit entfernt von der Duma Väterchens. In
Preußen ist die Sozialdemokratie vom Parlament ganz ausgeschlossen,
das ja auch nicht die wirklichen konstitutionellen Rechte hat. Es heißt,
sich geradezu feig und faul unserem schweren, unendlichen Opfer
und Arbeit erfordernden Kampf um die Erringung politischer Freiheit
entziehen, wenn man jetzt schon politische Institutionen als wertlos ver-
wirft, die wir noch gar nicht besitzen, noch gar nicht erprobt haben.
Gerade für diese unvermeidlichen Kämpfe um politische Rechte, um
demokratischen Parlamentarismus soll ja der Massenstreik als Waffe
unter Umständen angewandt werden.

Wahrlich eine bequeme, berausende, sensationell klingende Taktik:
mit einem Mittelstücken-Diat unsere politischen Schmerzen als nicht
der Rede wert zu lähmen und uns dafür an billigen Phantasien zu
verzücken.

Wir haben noch um den Parlamentarismus, um die ersten
Anfänge eines parlamentarischen Systems zu ringen — eine
preußische Wahlrechtsbewegung, offene Kasse Aufhebung gegen die
Entziehung nach Sachsen, Lübeck, Hamburgs Beispiel gehört zu
unseren wichtigsten Aufgaben — und da erledigt man nun diese Fragen,
deren Lösung Millionen proletarischer Hine und Millionen pro-
letarischer Energien unausgesetzt beschäftigt oder doch beschäftigen
sollte, auf die einfachste Weise: Weg mit dem Pflunder, was liegt
daran!

Auf diese Weise können wir allerdings sämtliche Probleme
spielend bewältigen, unser ganzes Programm verwirklichen, wie
brauchen nur Stück für Stück über Bord zu werfen und uns
darauf beschränken, die „Persönlichkeit“ zu entwickeln durch die —
wirkliche direkte Aktion? — ach nein, nur durch die be-
trauende Propaganda der direkten Aktion. Das immerhin
schwierige revolutionäre Handeln wird ersetzt durch das revolutionäre
Reden. Wir sind glücklich!

Der parlamentarische Kretinismus ist für die deutsche
Sozialdemokratie keine Gefahr, kann keine Gefahr sein, da wir in
einer halb absolutistischen, scheinverfassungsmäßigen Monarchie leben,
der antiparlamentarische Kretinismus aber könnte uns um
Jahrzehnte zurückwerfen, wenn er mehr als eine Laune des Tages
wäre. Zum Glück ist er nicht mehr. Die anarchosozialistische
Karikatur einer hin und wieder auch bei ernstlichen Parteigenossen
spukenden Geringschätzung der parlamentarischen Aktion hat schließlich
den guten, erwünschten Erfolg, einmal in aller erbarungslosen
Schärfe und vor Augen zu führen, welche politischen Aufgaben
wir noch zu lösen, welche gewaltigen Kämpfe wir noch auf uns
zu nehmen haben. Wir haben noch alles zu tun, und wir haben
keine Zeit zu verlieren, auch nicht eine Minute für wahnhafte
Ergazen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. August.

Das Konzil zu Straßburg.

Straßburg, 24. August. (Eig. Ber.)

Der wichtigste Teil der Beratungen des letzten Tages der
Katholikenversammlungen pflegt das solenne Bankett zu sein,
das mittags die Teilnehmer vereinigt. Nicht alle, denn was
proletarisch oder auch nur kleinbürgerlich oder bäuerlich aus-
sieht, ist schon durch den Preis ferngehalten, der für das
Bankett zu zahlen ist. Vier Mark und fünfzig
Pfennig zahlt gewiß auch kein christlich organisierter Ar-
beiter für sein Mittagessen! Damit dieses Festmahl nun ja
nicht zu spät stattfindet, mühten die Verhandlungen am letzten
Tage bis 1 Uhr erledigt sein. Im Rausch wurden zunächst
in der geschlossenen Versammlung die vorliegenden Anträge
erledigt, von denen keiner für uns besonders interessant ist,
und in der öffentlichen Versammlung wurden die beiden Vor-
träge teilweise ungeduldi angehört. Die Versammlung
leitete diesmal der zweite Vizevorsitzende, der elsässische Graf
Andlau, der sich offenbar bemüht, durch schnarrenden Ton
möglichst „schneidig“ zu erscheinen. Als erster Redner trat
das Mitglied des preussischen Herrenhauses, der aristokratische
Graf Dypersdorff auf, um über „Sozialpolitik und
Charitas in unserem Vaterlande“ zu dozieren. Der Herr
mag wohlwollend in der Betrachtung der sozialen Schäden
sein, gründlich ist er nicht. Er will den Arbeitern helfen, in-
dem er die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Arbeitgeber
und Arbeitnehmer zum Ausgleich bringt, er will dem Hand-
werk helfen, dem kleinen und mittleren Kaufmannstand und
vornehmlich den Bauern! Das mag alles, wenn auch nicht
in gleichem Maße, gut gemeint sein, aber bei dieser Art der
Untersuchung fehlt ein allgemeiner Gesichtspunkt, von dem
aus die Grundfrage der Wirtschaftspolitik und die Zusammen-
hänge zwischen den einzelnen sozialen Kategorien betrachtet
werden. Geht man so vor wie der Referent, daß man
lediglich jede Kategorie für sich betrachtet und Vor-
schläge zur Abhilfe ihrer besonderen Notlage macht,
so ergeben sich notwendig Widersprüche zwischen diesen
einzelnen Vorschlägen. In diesem Sinne wäre z. B.
der Nachweis leicht, daß wirksamer Arbeiterschutz undenkbar
ist mit agrarischer Schutzpolitik. Und für beides trat der
Graf ein. Rednerisch hand er nicht sehr hoch, seine Aus-
führungen hatte er vorher niedergeschrieben und auswendig
gelernt und stockte, wenn er einmal seinem Gedächtnis mit
einem Blick auf das Manuskript helfen mußte.

Dem folgte eine Merikale „Leuchte“ der Wissenschaft, Prof.
Dr. Mausbach-Münster i. B., um über ein Thema zu
reden, dessen Behandlung zuerst Prof. Dr. Meyenberg
übernommen hatte: „Die Zusammenarbeit von Kirche und
Staat zum Wohle der Gesellschaft“. Mausbach reicht aber an
Meyenberg sicher nicht, und wenn auch seine Rede gute Stellen
enthält und teilweise recht geschickte Bolemiken, namentlich
gegen den Liberalismus, von dem er z. B. sagte, er werde um
so schlechter, je „jünger“ er werde, so war doch die Darlegung
im ganzen allzu sophistisch. Auch die anderen Theologen scheuten
vor Sophistik nicht zurück, ohne die ja ihr ganzes Lehrgebäude
nicht haltbar wäre; aber keiner ging so weit wie Professor
Mausbach. Er ging aus von dem Bibelwort: Gebet Gott,
was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers
ist, und deduzierte daraus die Notwendigkeit des
Zusammenwirkens von Kirche und Staat. Staat und Kirche
erstreben daselbe. Und schließlich stellte er sogar die Be-
hauptung auf, die Kirche sei eine internationale Friedensliga
gegenüber den gewalttätigen internationalen Bestrebungen, die
das Kapital und die Aufseherung gegen das Kapital darstellen.
Auch sein Vortrag war nicht sehr einnehmend. Mehr noch
und nicht so geschickt als Meyenberg erdrückt er den Hörer
mit einer Ueberfülle von Bildern, die er in gezielter, zuweilen
ausdringlicher Weise vorbringt.

Die Katholikentage sind keine politischen, sondern rein
religiöse Veranstaltungen, so wird unzählige Male von den
Merikalen hervorgehoben. Dagegen spricht der ganze Verlauf,

aber diesmal ganz besonders das Schlusswort des Vortragenden, Erbprinzen zu Löwenstein. Zunächst schied er nämlich sehr einfach die Zentrums-Presse von der „gegnerischen“ Presse. Dann aber zog er offen die politische Konsequenz aus diesem Straßburger Katholikentag für die reichsländischen Merikalen. Sie werden, so sprach er, eine Entscheidung treffen, daß der liebe Gott und die deutschen Katholiken eine Freude haben werden. Auf gut deutsch: Schließt Euch endlich mal dem Zentrum an! Das also ist doch der Weisheit letzter Schluss gewesen, was schon so lange zuvor von den Gegnern angekündigt und vorausgesagt worden war. Der Klang und die Pracht — zur Gewinnung des elsäß-lothringischen Merikalismus, daß der Anschluß an das Zentrum endlich erfolge. Damit erscheint die Entwicklung des elsäß-lothringischen Merikalismus vom Protektortum zum Uebergang in die ausschlaggebende altdeutsche Partei tatsächlich abgeschlossen. Die politische Konstellation im Reichsland erfährt dadurch eine erfreuliche Klärung.

Die sozialdemokratische Partei hat für nächsten Sonntag eine große öffentliche Massenversammlung veranstaltet, in der Genosse August Bebel über das Thema „Die politische Situation und der Katholikentag“ reden wird. Die Öffentlichkeit hat das regste Interesse an dieser Versammlung genommen, ein weit regeres als am Katholikentag selbst. Der schneidige Erbprinz kam in seiner Schlussrede auch hierauf zu sprechen und sprach die Ansicht aus, daß unser Genosse Bebel es wohl verstehen würde, ein zusammenfassendes Bild von den Arbeiten des Katholikentages zu geben, sodas er hier von absehen könnte. Die elegante Durchsicht hat in der Tat vollkommen recht. Bebel wird sagen, was von dem Katholikentag zu sagen ist — nur wissen wir nicht, ob seine Schlussbetrachtung den Herren gefallen wird. Umso mehr Anklang wird sie zweifellos bei der Bevölkerung finden, die ein gesundes und kräftiges Urteil über die schwarze Tagung hören will und mit Ungebuld diese antikerische Kundgebung erwartet. Die Befürchtung, der der vornehme Herr Ausdruck gab, der sozialdemokratische Führer würde keine Informationen aus dem „Vorwärts“ und der „Freien Presse“ in Straßburg schöpfen, ist sehr unberechtigt, und zwar erstens deshalb, weil die kritisierten Berichte durchaus korrekt sind, sodann aber auch, weil die Auffassungen, die aus dem Katholikentag zur Geltung kamen, gerade so gestaltet sind, daß sie die sozialdemokratische Kritik außerordentlich erleichtern. Das Konzil der Reaktion ist zu Ende, nunmehr haben wir das Wort!

Die Verhandlungen des Straßburger Katholikentages bestätigen in fast überraschend getreuer Weise die Charakteristik, die wir ihm beim Beginn gewidmet haben. Er war ein Kongreß der Anpassung im Geiste des Herrn Kopp, es war ein Katholikentag à la mode. Die Herren redeten, und mancher mit unfehlbarer geistiger Bedeutung, gewissermaßen protestantisch salonfähig, bisweilen geradezu „modern“. Die katholische Orthodoxie drang zwar immer wieder durch die geschniegelte regierungsfähige Zentrumdemagogie durch, aber sie gab sich alle Mühe, zivilisierter, harmloser zu scheinen, als sie ist, sie trug einen eleganten, von einem talentvollen Hofschneider gebauten — Schaftrock.

Deshalb sind die in Straßburg gezeichneten Neben Worte geblieben, und man sieht sie erst mit der Praxis der katholischen Kirche und des Zentrums konfrontieren, um ihren Sinn zu erfassen. Man könnte sagen, dieser Katholikentag war eine fast wütende Kreuzung. Wenn Herr Wilow sich daran machte einen Katholikenprotestantismus feudaldemokratischer, sozialkapitalistischer, ultramontanliberaler Richtung auf der mittleren Linie zu erzeugen, so läme ungefähr das Zentrum des Straßburger Katholikentages heraus. Kurz: Die katholische Kirche ist 1905 in Deutschland genau so „entwöhelt“, wie man sie braucht.

Der Kampf gegen die Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens ist jetzt geradezu „ausfittigt“ abgeleert; die Zentrumsmaschine in der Reichsgesetzgebung hat durch ihre Kompromisselei auch diesen Triumph gewonnen, die wertvollste Reform auf einem kleinen Umwege — die Allmacht der Krone — wieder zu verlieren. Jetzt versucht man nun, zu verhindern, daß auch nur ein Sterbenswortchen aus den Geheimnissen der Militärjustiz in die Öffentlichkeit gelangt.

Vor einiger Zeit ging durch die Blätter eine Mitteilung, wonach gegen mehrere Medalettener Berliner Tageszeitungen eine Untersuchung wegen Veröffentlichung von Berichten über eine unter Aufsicht der Öffentlichkeit stehende Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps eingeleitet worden war. Jetzt hat der erste Staatsanwalt des Landgerichts I die Anklage erhoben. Sie richtet sich gegen die verantwortlichen Redakteure zweier Berliner Blätter und gegen die Mitarbeiter von zwei Korrespondenzen. Den beiden ersteren Angeklagten wird zur Last gelegt, über die Verhandlung in der Untersuchungs-Sache Scheidt und Genossen vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps in Berlin, soweit die Öffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der militärdienstlichen Interessen ausgeschlossen war, einen Bericht durch die Presse veröffentlicht zu haben. Die beiden letzteren Angeklagten werden beschuldigt, zur Verweigerung des vorbestimmten Berichtes durch Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben. In Betracht zieht das Gericht den § 18 Absatz 2 des Einführungsgegesetzes zur Militärstrafprozessordnung vom 1. Dezember 1898, § 20 des Verfallgesetzes und § 49 des Strafgesetzbuches. Die Hauptverhandlung dürfte demnächst vor der Ferienkammer des Landgerichts I stattfinden.

Der Einzelfall, um den es sich hier handelt, liegt toll genug. Denn der Prozeß wurde in erster Instanz öffentlich verhandelt, so daß den „Bericht“ in der Wiedergabe der in erster Instanz erfolgten Beweisaufnahme bestand; nur die Mitteilung des Straftrages war hinzugekommen.

Der Geh. Kriegsrat Komen hat aus Anlaß dieses Falles jüngst im „Scherischen Geschäft“ die Meinung verhandelt, unter einem „Bericht“ seien an sich die Wiedergabe irgend welcher Einzelheiten, gleichgültig, ob wesentlich oder unwesentlich, zu verstehen. Das würde natürlich zu der absurden Folgerung führen, daß jemand bestraft würde, der irgend eine Kleinigkeit aus einer nicht-öffentlichen Verhandlung gehört hat und sie durch die Presse verbreitet. Bemerkenswert aber ist, daß dieser Herr Komen, der doch sicher amtlich an der Einleitung des Prozesses beteiligt ist, in vorans in einem „Scher-Blatt“ auf Schuldig plädierte. Im „Blöden-Blatt“ wurde schon ein Sachverständiger als „besungen“ abgeleert, weil er ohne Zusammenhang mit der eigentlichen Prozeßmaterie in einem „Scher-Blatt“ die Autorität der Psychiatrie gegen einen Angriff verteidigte!

Aus Ostafrika

wird gemeldet:

Berlin, 25. August. Der Kommandant S. M. S. „Duffard“, welcher am 23. August vormittags in Kilwa Kivungi angekommen und nachmittags nach Sadani weiter gegangen ist, meldet: Nehme acht Mann vom Kilwa Detachement mit. Nachrichten über Zustand liegen von dort noch nicht vor. Paasche hat sich am 21. August bei Kowoni gelagert. Ist am 22. August bis Mianja vorgezogen.

Diese Meldung klingt in mehreren Beziehungen seltsam. Man hätte meinen sollen, daß der „Duffard“ alle Ursache hatte, zunächst einmal in Kilwa, dem Hauptquartier des im

Aufstand befindlichen Bezirks, zu bleiben. Statt dessen geht er schleunigst nach Sadani weiter, das 300 Kilometer weiter nördlich, gegenüber Sansibar, im Bezirk Bagamono gelegen ist. Da er noch obenhin acht Mann vom Kilwa-Detachement mitnimmt, liegt die Annahme nahe, daß auch in diesem nördlichen Bezirk Unruhen ausgebrochen sind oder doch auszubrechen drohen! Ebenso befremdend ist die Meldung, daß Leutnant Paasche am 22. August bis Mianja vorgezogen sei. Der Ort Mianja liegt aber gar nicht mehr in dem Bezirk Kilwa, sondern in dem nördlich angrenzenden Bezirk Rufiji. Da sich das Gros der Matumbi-Leute nach Süden geflüchtet haben soll, scheint Paasche also die Verfolgung aufgegeben zu haben. Oder sollten auch im Bezirk Rufiji Unruhen ausgebrochen sein? Die ganze Lage scheint also immer kritischer zu werden und eine weitverbreitete Erhebung bevorzustehen!

Eine Verstärkung der ostafrikanischen Schutztruppe durch neuanzuwandernde Sudanesen steht bevor. Ein deutscher Offizier hat bereits die Reise zur Anwerbung von 300 Mann angetreten. Die in der Schutztruppe befindlichen Sudanesen erhalten einen Sold von zirka 500 R. Ob die direkt für den Krieg anzuwerbenden Sudanesen sich mit diesem Sold begnügen werden ist sehr fraglich. Auch für diese Truppenverstärkung wäre die Bewilligung des Reichstages nachzusuchen. Fürst Wilow nimmt sich damit aber wieder einmal die Zeit!

Die Kopzahl der Marine-mannschaften und Seefeldaten, die gestern abgegangen ist, beträgt, wie noch bekannt wird, nicht 250, sondern 231, nämlich 9 Offiziere und 222 Mannschaften.

Ueber das mangelnde Verantwortungsgefühl der Missionare, das auch wir bereits gekennzeichnet hatten, schreibt die „Tägliche Rundschau“: „Nun liegt aber die Frage nahe, ob die Verschärfung der Lage, wie sie neuerdings hervorgetreten ist, nicht zu vermeiden war, und da bin ich nun der Ansicht, daß das allerdings nicht ausgeschlossen war. Für die alut aufgetretene Krise fällt meines Erachtens die Hauptschuld dem unvernünftigen Verhalten der Missionare zu. Es war in Kilwa bekannt, daß der Weg ins Innere unsicher geworden war. Wiederholt hat das Bezirksamt die Missionare gewarnt, ins Innere zu ziehen und sie gebeten, vorläufig ihren Abmarsch aufzuschieben. Diese Warnungen wurden nicht beachtet. Zwangsmittel standen dem Bezirksamt den Missionaren gegenüber natürlich nicht zu. Die Folgen fallen nicht der Mission allein, sondern auch anderen zur Last. Der Regierung erwächst nach solchen Massakern die Pflicht, sofort strenge strafende Vorzugehen, durch die zu diesem Zweck nötigen Expeditionen wird das Land in Kriegsruhen gestürzt, die Entwicklung der Kolonie wird gestört, dem Mutterlande entstehen im voraus gar nicht zu berechnende Kosten. Hätten die Missionare den Rat des Bezirksamtmanns angenommen, so wären sie nicht ermordet.“

Für die Schaffung einer deutschen Kolonialarmee

legt sich der liberale „Hamb. Korresp.“ äußerst lebhaft ins Zeug. Deutschland bedürfe einer Kolonialarmee, um bei jedem kolonialen Zustand gleich eine ausreichende Truppenmacht zur Hand zu haben. In daselbe Horn blies dieser Tage schon Oberst a. D. Gädle im „Berliner Tageblatt“. Nur verlangt dieser Herr außer einer starken Landarmee auch eine starke Kolonialmarine, bestehend aus einer erheblichen Anzahl Auslandskreuzer. Man müsse nun endlich einmal mit der Weltpolitik ernst machen. Es fehlt gerade noch, daß die freisinnige Presse den Kolonial- und Marinekoller ansack!

Siegreiche Kavallerie-Attaken.

Trotz der Ablehnung ist es auf dem Truppenübungsplatz Semme zu einer blutigen Kavallerie-Attake gekommen, wobei die bayrischen Ulanen, deren Chef Wilhelm II. ist, siegten.

Nach der „Frankf. Zig.“ gab es aus bisher nicht aufgeklärten Ursachen bei einer Kavallerieübung einen Zusammenstoß der beiden bayrischen Artillerieregimenter mit bayrischer Kavallerie, wobei der bayrische Brigadeführer und eine größere Anzahl von Mannschaften der zweiten Schwadron des 23. Dragonerregiments überlistet wurde. Ein bayrischer Ulan stieß dem Pferde des Brigadeführers, Obersten v. Wallensfeld, die Lanze tief in die Seite, so daß es stürzte, der Reiter blieb aber unverletzt. Auch das Pferd des Kommandeurs des 23. Dragonerregiments Oberleutnants v. Bermuth wurde tödlich getroffen. Durch den Sturz erlitt der Reiter eine schwere Beinverletzung. Weitere schwere Unfälle sind bisher nicht bekannt geworden, dagegen ist noch eine Anzahl leichterer Knochenbrüche und Verwundungen zu verzeichnen. Auch auf bayrischer Seite gab es mehrere Verwundete. Außer einigen Knochenbrüchen und Fleischwunden erlitt ein Kavallerist durch den Sturz eine Gehirnerschütterung. Ein weiterer Bericht konstatiert noch einige schwere Verletzungen, doch wird bestimmt versichert, daß in der ganzen Division bis jetzt kein Todesfall vorgekommen ist. Hat bis zehn Pferde sind durch Lanzenstiche getötet, ebensoviel rissen sich bei der allgemeinen Verwirrung los und liefen davon.

Die Militärverwaltung hat doch allen Anlaß, über Wesen und Gründe dieses schneidigen Zusammenstoßes Auskunft zu geben.

Begreiflich ist es dagegen, warum man im Publikum direkt nichts Näheres erfahren hat. Denn diese Übungen wurden unter so angestimmtem Anschluß der Öffentlichkeit abgehalten, daß selbst die größten Hurratrioten mit den schärfsten Fernrohren nichts von dem Spektakel erwischen konnten.

Im „Westfälischen Volksblatt“, einem in Paderborn erscheinenden Zentrumsorgan, jammert so ein enttäuschter Militärfrömmel über seine Leiden:

„Leider war die Absperzung in einer so ungewöhnlich umfassenden Weise durchgeführt, daß nur sehr wenige etwas Näheres zu sehen imstande waren; den Kaiser zu sehen, ist nur einzelnen beschieden gewesen, und zwar zum Schlusse der Parade, als die Menge die Absperzung durchbrach. Die patriotischen Vereine, die Feuerwehren, der Paderborner Schützenverein, die Sanitätskolonne und die sonstigen an der Spalierbildung beteiligten Vereine wurden nach dem Eintreffen des Kaisers zum Getreideturme geführt, wo sich freilich ein sehr geeigneter Platz zum Verfolgen von Manöverübungen geboten hätte, wenn solche überhaupt in einiger Nähe gehalten wären. Bei hin und wieder eintretendem Regen und unter dem stark durch den Wind aufgewehten Flugstaube hielt die wohl mindestens 6000 Köpfe zählende Menge aus, gegen 9 Uhr kamen vom Hauptentwurf her in einer Entfernung von 4—5 Kilometer Reiterkavallerie zum Gesicht, das Fernrohr ließ auch die Kaiserstandarte entdecken, und hielten längere Zeit südlich vom Staudenmühlensignal, dann zogen sie sich wieder zurück und ein Regiment kam auf eine kurze Zeit in eine Entfernung von etwa 3 Kilometer, dann bewegte es sich wieder auf Hausenbed zu und schied jenseits des Taubenturmes nach der Wünningshöhe zu ziehen. Das war alles, was die Tausende zu sehen bekamen, einfach so gut wie nichts, jedes Vordringen wurde durch die Sperrreihenhaltenden Reiter und Gendarmen unterjagt, bis etwa 10 Uhr die Scharen sich teils zerstreuten, teils nach der Wünningshöhe zuwandten, aber der Weg war zu weit, die Übungen und die Kritik nebst Parade waren längst vorbei, als sie eintrafen. Wie uns von allen Seiten berichtet wird, hat man auch an den übrigen Plätzen des Publikums in so enorm weiten Entfernungen gehalten, daß der Kaiser nur zufällig von einzelnen gesehen werden konnte, bei der Parade war dieser so weit, daß man nicht einmal die Musik zu hören vermochte. Doch unter solchen Umständen sich des in ganz außerordentlich starker Zahl und zum großen Teile aus weiterer und weiter Ferne gekommenen Publikums eine arge Unzufriedenheit über

die ganz unerwartet ausgedehnten Sperrmaßnahmen bemächtigte, ist sehr begreiflich, und man hörte vielfach sagen: „Wenn die betreffende Behörde kein Publikum will, dann möge sie es doch offen heransagen; den ganzen Tag und dazu Mühseligkeiten und Kosten opfern, ohne überhaupt etwas zu sehen, hat keinen Zweck, dann bleibt man nächstens lieber zu Hause“. So haben Tausende gedacht und besonders verstimmt waren die genannten Vereine, welche die Mühe der Spalierbildung auf sich genommen hatten. Ein einfacher Mann sagte uns mit Tränen im Auge, er sei 24 Stunden weit zu Fuß gewandert, um seinen Kaiser einmal zu schauen, aber er habe rein gar nichts gesehen. Ähnliche Fälle dürften sich zahlreich finden.“

So schmerzliche Erfahrungen mußte die „treu patriotische Bevölkerung“ machen. Freilich ward ihr damit auch erspart, jenes blutige Kriegsspiel beobachten zu können. Das treu patriotische Zentrumsbüro ist aber noch so glücklich, als Erlag das Menu des Frühstückes mitteilen zu können, das nach den Kavallerieattaken von den Offizieren verzehrt wurde! —

Die Hamburger Oberschulbehörde als Schrittmacher der Reaktion.

Man schreibt uns aus Hamburg:

In der Autokratie-Republik Hamburg hat sich während der Parlamentsferien ein bezeichnender Zwischenfall abgepielt: die Volksschullehrer, die sich bisher einer relativ größeren politischen Bewegungsfreiheit erfreuten, als ihre Kollegen in anderen deutschen Staaten, sollen durch ein laudinisches Joch gehen, weil sie in ihrer Mehrheit es gewagt haben, gegen eines hohen Senats Wahlrechts-raubvorlage zu protestieren. Es handelt sich um folgendes: Als die Senatsvorlage veröffentlicht wurde, nahm dazu der Vorstand der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, welcher etwa vier Fünftel der Hamburger Lehrer als Mitglieder angehören, eine ablehnende Stellung ein, indem er der Verlegung Ausdruck gab, daß denjenigen Bevölkerungsschichten, deren Kinder die Volksschule besuchen, eine wirksame Teilnahme an der Gesetzgebung gewährleistet werden müsse.

Eine kleine reaktionäre Clique unter den Lehrern protestierte gegen die Kundgebung des Vorstandes der „Gesellschaft“, worauf dieser dem Amte zurücktrat. Aber die fortschrittlichen Elemente der Lehrerschaft scharten sich um den früheren Vorstand und traten für dessen Wiederwahl ein, damit ihr prinzipielles Einverständnis mit dem Vorgehen des Vorstandes in der Wahlrechtsfrage dokumentierend.

Da trat etwas ein, was kein Mensch in der „freien“ Republik erwartet hatte: der präsidierende Senator der Oberschulbehörde (Selbst Volksschullehrer), Dr. Meffardt, ein früherer Rechtsanwält, der als einer der Hauptstärkermacher im Senat gilt, drohte der „Gesellschaft“ mit wirtschaftlichem Boykott, falls der alte Vorstand wiedergewählt werde, d. h. der „Gesellschaft“ sollte der Schriftenvertrieb genommen werden. Die „Gesellschaft“ unterhält seit alterher eine Verlagsanstalt, welche die Schulbücher für die Hamburger Volksschulen herausgibt. Von dem jährlichen Ueberschuß in Höhe von 40 000 R. fallen 90 Proz. der Witwenkasse, der Rest der Unterhaltungs- und Krankenkasse der Lehrer zu. Durch die von acht Stammschlechtern distanzierte Maßnahme des Senats würde jedes der zirka 3000 Mitglieder der „Gesellschaft“ jährlich 20 R. aus der eigenen Tasche zu bleiden haben, um die Klassen auf der bisherigen Höhe zu halten.

So sollte das freie Wort in Hamburg gestraft werden, in demselben Hamburg, in dem durch die Wahlrechtsvorlage den Beamten das passive Wahlrecht verliehen werden soll, „damit sie“, wie es in den Motiven zu diesem Konstrukt heißt, „frei ihre Meinung nach bestem Wissen und Gewissen äußern können, wenn sie durch das Vertrauen der Wähler in unser Hamburger Parlament entsandt werden.“ Ein derberer Hohn auf das „freie Wort“ ist wohl nicht denkbar. Das ist die politische Vollberechtigung der Beamten in der Praxis!

Selbst der senatsoffizielle „Hamb. Korresp.“ raffte sich in der beregten Frage zu einem Tadel gegen die Oberschulbehörde auf: „... Jedenfalls möchte man sie (die Maßregelung) bedauern, denn was man auch gegen jene Kundgebung einwenden mag, und wie erkennen, wie gefast diese Einwände zum Teil als berechtigt an, so wird der Schlußgedanke immer der sein, daß die Schulbehörde über die „Gesellschaft“ wegen einer Meinungsverschiedenheit in einer politischen Frage einen Boykott verhängt, d. h. daß sie durch die Androhung wirtschaftlicher Nachteile die Verlegung einer politischen Ueberzeugung zu erzwingen versucht bzw. ihre Verweigerung gestraft habe. Wie verhängnisvoll ein solcher Einbruch wäre, brauchen wir nicht auszuführen. Er wäre ganz besonders unerträglich in einer Frage, in der tiefe prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nach unividerproben Gerüchten sogar den Senat selber spalten sollen. Wir möchten also, daß diese Angelegenheit wirklich eine Vereinsangelegenheit bliebe und daß der Streit unter keinem anderen Gesichtspunkt entschieden werde, als unter dem der Vereinsgrundsätze und der politischen Ueberzeugungen. Denn kein Freund unserer Vaterstadt wird wünschen können, daß das hochwichtige Amt der geistigen und sittlichen Erziehung unserer Jugend Leuten anvertraut werde, die um äußerer Vorteile oder Nachteile willen ihre Ueberzeugung preisgeben.“

Die Hamburger Lehrerschaft hat sich nicht dem Nachtgebot des diktatorisch veranlagten Senats gefügt, sondern hat in einer von über 1300 Personen besuchten Versammlung beschlossen, den Vorstand zum Weiden im Amte zu bitten, und hat dadurch befunden, daß sie nicht willens ist, sich durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile inebeln zu lassen. Gegen eine kleine Minderheit machte sie die Kundgebung des Vorstandes der „Gesellschaft“ zu der ihren. Die Beschlüsse lauten:

1. Die „Gesellschaft“ hält an dem Ideal der allgemeinen Volksschule fest und betrachtet es als eine Voraussetzung seiner Verwirklichung, daß denjenigen Bevölkerungsschichten, deren Kinder die Volksschule besuchen, eine wirksame Teilnahme an der Gesetzgebung gewährleistet werde.

2. Sie erklärt, daß sie es als eine dringende Notwendigkeit ansieht, daß allein die Generalversammlung in allen wichtigen Schulangelegenheiten Entscheidungen abgibt.

3. Die Generalversammlung verwahrt sich gegen jeden Versuch, die Lehrer durch irgend welche Maßnahmen zu hindern, schulpolitische Ueberzeugungen auszusprechen und ihre Rechte als Mitglieder der „Gesellschaft“ auszuüben.

Sollte der hochtollstüchtige Herr Senator es wagen, seine edle Absicht zur Durchführung zu bringen, oder sollte er nur Schreckschüsse losgelassen haben? —

Ausland.

Die Krise der Arbeitsbörsen.

Paris, 19. August. (Fig. Ver.) Wie der Beschluß der revolutionären Gewerkschaften, das vom Gemeinderat beschlossene Reglement der Arbeitsbörsen nicht anzunehmen, hat voraussehen lassen, ist die Regierung zu Gewaltmaßnahmen geschritten. Sie hat mittels Dekrets das Millerandsche Statut von 1900, das den Arbeitsbörsen eine ziemlich ausgedehnte Selbstverwaltung gewährte, abgeändert und eine Reihe von Bestimmungen eingefügt, die das Aufsichtsrecht und die Polizeigewalt des Seine-Präfekten verstärken. Besonders wichtig ist die neue Bestimmung des Artikels VIII, daß der Präfekt über die Beobachtung der Dekrete und Reglements, die die Arbeitsbörsen betreffen, und über die Ausführung der Beschlüsse der Arbeitsbörsen der Administrationskommission, des Gemeinderates und der Gerichte zu machen habe. Weiter wird der Gemeinderat als Appellinstanz über die Verwaltungskommission gesetzt. Eine Uebergangsbestimmung sagt ferner: „Die Kommission, die nach dem vom Gemeinderat angenommenen Reglement die Wählerlisten und die Wahl der Verwaltungskommission zu prüfen hat, wird im Laufe des August gewählt werden. Die Wahl der Verwaltungskommission selbst wird innerhalb eines Monats nach Fertigstellung der Wählerlisten erfolgen.“

Der Präfekt hat von der ihm jetzt eingeräumten Gewalt sofort Gebrauch gemacht und eine provisorische Verwaltungskommission ernannt, die aus drei Gemeinderäten, zwei Staats-

und vier Gemeindebeamten besteht. Die von den Gewerkschaften gewählte Administrationskommission ist somit aufgelöst und hat ihre Delogierung zu gewärtigen.

Dieses Vorgehen hat bei der reaktionären Presse begreiflicherweise freudige Zustimmung gefunden, wenngleich manche Kapitalistenblätter, wie das „Journal des Débats“, nur daran noch nicht genug haben und die vollständige Schließung der Arbeitsstätte fordern. Die Verfügung des Präfecten hat aber den Konflikt keineswegs schon entschieden. Es ist noch nicht gewiß, ob die Regierung angefaßt der Weigerung der großen Mehrzahl der Gewerkschaften, an der Wahl der neuen Verwaltungskommission auf Grund des vom Gemeinderat beschlossenen Proportionalsystems teilzunehmen, die Wahl überhaupt vollziehen lassen und die Verwaltung der Arbeitsstätte einer nur von einer winzigen Minorität gewählten Kommission in die Hände geben wird, die von den meisten Gewerkschaften ebenso heftig zurückgewiesen wird wie die ernannte Beamtenkommission. Fraglich ist es auch, ob die Gewerkschaften, die mit den bisher die Arbeitsstätte beherrschenden Tendenzen nicht einverstanden sind, Lust dazu haben werden, mit Hilfe eines gegen die Autonomie gerichteten Majors die Fäden zu ergreifen und ihr Verhältnis zur Masse der Gewerkschaften dauernd unheilbar zu machen.

Ich habe heute die Meinung einiger Mitglieder der bisherigen Verwaltungskommission eingeholt und von ihnen die Antwort erhalten, daß ihnen das Vorgehen der Regierung völlig gleichgültig sei. Wenn man die Verwaltungskommission zwingt, die Arbeitsstätte zu verlassen, sagte man mir, so werden wir eben gehen und unsere Tätigkeit, die in der revolutionären Propaganda besteht, anderwärts fortsetzen. Die Gewerkschaften können ja nach wie vor in der Arbeitsstätte bleiben. — Die Verwaltungskommission, hörte ich weiter, hätte ohnehin gar keine Macht befehlen, sogar die Diener des Hauses seien von dem städtischen „Regisseur“ angestellt. Die Verteilung der städtischen und staatlichen Subventionen für die Arbeitsvermittlung wäre für die Kommission nur eine Last und die Quelle von Feindschaften seitens der nicht nach Wunsch bedachten Organisationen gewesen. Man gestand mir unumwunden zu, daß die Subvention zum Teil an Verbände ausgefolgt worden sei, die gar keine Arbeitsvermittlung haben — eben zur Unterstützung der Propaganda. Daß diese merkwürdige Rechtsanschauung, die die eigenmächtige Bestimmung einer für einen ausdrücklich bezeichneten Zweck übergebenen Summe für einen anderen, selbst gewählten, unanfechtbar hielt, bei denen, mit deren Geld diese Operation vorgenommen wurde, Anstoß erregte und den Gegnern der Arbeitsstätte zum willkommenen Vorwand eines reaktionären Handreichs werden konnte, scheint den Befürwortern der „direkten Aktion“ keine Sorge gemacht zu haben. Auch das seltsame Argument, daß die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung überhaupt keine richtige Sache sei, da die Arbeitsstellen doch in der Regel durch das Herumsprechen unter Kameraden bekannt würden, reicht wohl zur Rechtfertigung der finanziellen Manipulationen der Verwaltungskommission nicht ganz hin. Ich hörte heute auf der Arbeitsstätte die seltsame Anschauung vertreten, daß der deutsche Typus der Gewerkschaft eine „Stärkung der Staatsgewalt“ bedeute, wogegen die „revolutionäre Gewerkschaft“, die sich nur der Propaganda widme, aber ihren Angehörigen selbst keine unmittelbaren Vorteile biete, dem Sozialismus, der anti-clastische — staatsfeindlich — sein müsse, allein wahrhaft Dienste leiste. Daß diese Meinung von der Unfähigkeit der Gewerkschaften, die Position des Proletariats schon in der heutigen Gesellschaft durch unangesehene Organisationsarbeit zu verbessern, unter den französischen Arbeitern doch nicht so allgemein ist, wie man nach der Haltung der Arbeits-Konföderation vermuten könnte, scheint immerhin aus der in manchen großen Gewerkschaften durchdringenden Tendenz zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge hervorzugehen.

Vielleicht wirkt die gegenwärtige Krise mit, die Klärung zu fördern, die auch im französischen Proletariat nicht ausbleiben kann. Die größte Gefahr für die sozialistische Politik in Frankreich, die Erschaffung in der parlamentarischen Kleinkrämerie, kann nur durch kraftvolle, dem pseudorevolutionären Phrasentum entwachsende gewerkschaftliche Organisationen besiegt werden. In den Gewerkschaften, die heute noch der direkten Aktion unbedingt anhängen, steckt unzweifelhaft eine hoffnungsvolle proletarische Energie — jene Energie, die der sozialistischen Partei, wie sich alle einsichtigen Parteigenossen einsehen, abgeht und deren Fehlen durch den großen Reichtum an eigenartigen Begabungen und Persönlichkeiten, wie ihn der französische Sozialismus aufweist, nicht wettgemacht werden kann. Gegen die Gefahren des Parlamentarismus kann es nur einen Kontrollapparat und nur ein Gegengewicht geben: die organisierte proletarische Masse.

Die unmittelbare Wirkung der Ordonanzen gegen die Arbeitsstätte ist allerdings eine Stärkung der arbeiterfeindlichen und politisch reaktionären Tendenzen. Darum wendet sich auch der charaktervollere Teil der bürgerlichen radikalen Presse mit entschiedenem Tadel gegen die Regierung. Das Ministerium hat einen weiteren Schritt nach rechts getan, wobei ihm freilich die Anhänger der direkten Aktion den Weg gebannt haben. Die Aufhebung der Autonomie eines Arbeiterinstituts bringt Rouvier seinen alten Freunden auf der Rechten näher und knüpft die Bande fester, die die bürgerlichen Parteien im Kampf gegen den Sozialismus vereinigen. Es ist kein Zufall, daß jetzt vor den Wahlen auf der ganzen Linie, von den Monarchisten bis zu Clemenceau eine heftige Annonade gegen den Sozialismus eröffnet worden ist. Allem Anschein nach steht eine Epoche aggressiver bourgeois Kampfpolitik bevor. Hoffentlich wird unter den Sorgen der Abwehr die Erkenntnis der Notwendigkeit einer geistigen proletarischen Disziplin reifen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf um allgemeines Wahlrecht

Ist auf der ganzen Linie aufgenommen. Die Unabhängigkeitspartei ihren Widerstand nicht ganz aufrecht erhalten und so tritt sie, die früher, ehe sie die Macht dazu hatte, stets für das allgemeine gleiche Wahlrecht ohne jede Einschränkung gewesen ist, jetzt wieder dafür ein; jedoch will sie dasselbe an bestimmten Bedingungen geknüpft sehen. Es sollen nämlich nur diejenigen Bürger das Wahlrecht erhalten, welche ungarisch lesen und schreiben können. Damit würden circa 60 Proz. der ungarischen Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Erstens würden von den Deutschen, Rumänen, Serben, Slowaken usw. viele um ihr Wahlrecht kommen, fast noch mehr aber würde das ungarische Proletariat betroffen, denn bei den unglücklich verlotterten Schulzuständen — die Schulen in Ungarn stehen ganz und gar unter dem Einfluß des Adels und der Pfaffen — gibt es Tausende und Abertausende von Magyaren, die weder ungarisch lesen noch schreiben können. Die sozialdemokratische Partei führt ihren Kampf gegen die Koalition, namentlich gegen die Unabhängigkeitspartei unentwegt fort, denn gerade die letztere hat jetzt die Macht und brauchte nur ernstlich zu wollen, dem ungarischen Volke das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verschaffen.

Ein „falscher Jungenschlag“. Das „Wiener Fremdenblatt“ erfährt von zuverlässiger Seite folgendes: Nachdem der Präsident der italienischen Deputiertenkammer am 27. Juli in einem dem Vizepräsidenten des verstorbenen Deputierten Socci gewidmeten Nekrolog die Wendung gebraucht hatte, daß Socci im Jahre 1866 mit Garibaldi in den Bergen unseres Trentino gekämpft habe, wurde von Wien aus im Wege der österreichisch-ungarischen Volkspresse bei der italienischen Regierung in freundschaftlicher Weise Ausklärung verlangt. Der Kammerpräsident hat auf Befragung jede irredentistische Absicht in Abrede gestellt, der italienische Minister des Aeußern hat aber der peinlichen Empfindung während Rechnung getragen, die jene Aeußerung in Oesterreich-Ungarn hervorgerufen hat, und hat sich mit gewohnter Loyalität beeilt, dem österreichisch-ungarischen Vertreter in Rom das aufrichtige Bedauern der italienischen Regierung über den Vorfall auszudrücken.

Frankreich.

Die läugnenden Republikaner.

Paris, 24. August. (Fig. Ver.)

Die reaktionäre Presse wird immer hoffnungsvoller. Sie sieht ihren Weizen prächtig aufgehen. Die Bourgeoisrepublikaner schwanken

mit fliegenden Fahnen nach rechts und die Konzentration der „Ordnungsparteien“ sündigt sich schon vernehmlich an. Wenn die nationalistischen Franktireurs der Rechten sich ein bißchen zu zähmen wissen, werden die noch zögernden Radikalen ihre Schamigkeit aufgeben.

Der neue Geist der patriotischen Veröhnung, der in Wahrheit den Zusammenstoß zum Klassenkampf bedeutet, hat sich auch in den solennen Eröffnungsreden der Generalräte gezeigt. In feierlichen Protesten gegen die „vaterlandslosen“ Bestrebungen fanden sich die Monarchisten, Rechtsrepublikaner und Radikalen zusammen. Im Generalrat der 3. S. wurde verhandelt der Sozialist Mirral mit Berufung auf die Menschenrechte eine Resolution gegen die Maßregelungen der sozialistischen Lehrer durchzubringen. Aber der Senator Ribet erklärte: „Die Beamten sind Leute, die freiwillig auf einen Teil ihrer Freiheit verzichtet haben, sie sind in ihren Worten wie in ihren Handlungen zu einer gewissen Zurückhaltung gegenüber der Regierung verpflichtet, der zu dienen sie die Ehre haben.“ Der Generalrat stimmte diesen wunderbaren „demokratischen“ Anschauungen zu und beschloß mit 23 gegen 3 Stimmen den Uebergang zur Tagesordnung.

Aber selbst der Antifederalismus, die einzige Salbe im Vokabular, die halbwegs funktioniert, bleibt schon stecken. Der Generalrat des Departements Charente Inférieure hat einem von Rouvenon geleiteten Zusatztischhaus 1500 Franc als Subvention bewilligt. Und der Präsident dieser Versammlung ist — Herr Combes! Jawohl, Herr Combes, der Ministerpräsident der Blockherrschaft, der Strategie der „weltlichen Aktion“, der „Kirchenräuber“, wie ihm der Fluß der Römlinge nachrief. Die reaktionäre Presse spottet: „Herr Combes ist nicht mehr er selbst.“ Und noch ein anderes: Unlängst hat sich ein Komitee zusammengesetzt, das Camille Desmoulins, dem Helden des Bastillesurmes, ein Denkmal errichten will. In den Generalrat des Herrn Combes war nun ein Erlauchen um einen Beitrag angelangt und der Generalrat lehnte ab. Die Erben der Revolution finden eben auch mit ihrem Jakobinismus im Bedarfsfalle Affomodements.

Zarenpöbel.

Väterchen hat das Ende der Revolution befohlen, zugleich hat er verfügt, daß sein toller Pöbel nicht auf eigene Faust, sondern nur mit besonderer Autorisation die liberale Intelligenz, das revolutionäre Proletariat, die Juden niederschlagen dürfe.

Folgendes Telegramm wird verbreitet:

Petersburg, 25. August. In der Stadt Balaschow hatten sich eine Anzahl Kreisärzte, welche den Dienst vor kurzem demonstrierend eingestellt hatten, am 3. d. M. zu einer Beratung versammelt, wobei es zu Ausschreitungen des Pöbels gegen sie kam. Das Polizeidepartement teilt nun mit, daß die Urheber der Ausschreitungen dem Gericht übergeben worden sind. Die der „Regierungsbote“ meldet, machte der Kaiser auf den Bericht Trepow über diese Vorgänge den Vermerk, revolutionäre Erscheinungen dürfen nicht mehr geduldet, gleichzeitig aber auch nicht ein eigenmächtiges Vorgehen des Pöbels gestattet werden.

In Zukunft wird demnach das Zarengefandel nur dann zum Norden und Wäldern zugelassen, wenn es autorisiert wird: „Eigenmächtigkeiten“ läßt der Zar nicht mehr zu, auf keiner Seite, nachdem er die — „Verfassung“ gegeben.

Die Vorgänge selbst, auf die Bezug genommen wird, waren, wie der „Tag“ erinnert, die folgenden:

Die Administration des Kreises Balaschow (Gouvernement Saratow) hatte die Aerzte durch Schikane dahin gebracht, daß sie sämtlich bei der Semstwo um ihre Entlassung einkamen. Eine Kreis-Semstwo-Versammlung wurde in der Stadt Balaschow einberufen. An diesem Tage hatten auch die Aerzte sich nach Balaschow begeben, um das Resultat der Versammlung, die sich mit dem Rücktritt der Aerzte befaßt hatte, zu vernehmen. Es hatten sich jedoch nicht genügend Semstwomänner eingefunden, so daß die Versammlung vertagt werden mußte. Aerzte und Semstwomänner finden sich hierauf in einem Gasthose der Stadt zusammen, um ein Mittagmahl einzunehmen. Um diese Zeit erscheint ein über 2000 Köpfe starker Volkshaufe, dem das Zarenbild vorausgetragen wird, die Zarenhymne singend, vor dem Hotel und beginnt Steine durch die Fenster zu schleudern, so daß die Aerzte sich zurückziehen mußten. Bald darauf tritt der Gouverneur ein und redet auf das Volk ein, das verlangt, Lynchjustiz üben zu dürfen. Die Aerzte und Semstwomänner werden hierauf vom Gouverneur aus dem Hause geführt und sollen unter dem Schutze von Kosaken zum Bahnhof fahren. Aber schon in Gegenwart des Gouverneurs werden verschiedene Intelligente durch Steinwürfe verletzt und mißhandelt. Der Gouverneur fährt gleich darauf fort und die Intelligente treten in Begleitung von Kosaken den Weg zum Bahnhof an. Aber unterwegs fallen plötzlich die Kosaken mit ihren Knuten über die Unglücklichen her, Individuen aus dem Volke folgen dem Beispiel dieser „Schützer“ und die Intelligente werden übel zugerichtet. Der Arzt Schmelow, der 20 Jahre für die Semstwo uneigennützig und fruchtbar gewirkt hat, stirbt an den erhaltenen Verletzungen; der bekannte Semstwomann Zwow und viele andere kommen mit schweren Verletzungen davon, die Zahl der Leichtverletzten ist eine große.

Das russische Proletariat und die Duma.

Die Frage, welche Haltung das russische Proletariat bei den Wahlen zur Duma einnehmen werde, beantwortet der Genosse Martoff, Redakteur der „Iskra“, in der „Wiener Arbeiterzeitung“. Nach dem Plane der „Iskra“ sollen die Arbeiterorganisationen die Initiative zur Gründung von Volks-Agitationskomitees, die von allen mit der zarischen „Reform“ nicht zufriedengestellten Elementen der Bevölkerung zu wählen sind, ergreifen. Durch den Druck dieser Komitees und der hinter ihnen stehenden Massen, die aktiv ja an der Wahl nicht teilnehmen können, sollen die Wähler in dem Sinne beeinflusst werden, daß in die Duma nur entschiedene Anhänger der demokratischen und freien Vertretung gewählt werden. Dabei trachten die Komitees außerhalb der „legalen“ Vertretung eine illegale Vertretung zu schaffen, die in einem bestimmten Moment bereit ist, vor dem Land als provisorisches Organ des Volkswillens aufzutreten. Ob es dazu kommt oder nicht, die Bewegung auf diesem Wege, so meint Martoff, wird die Organisation der revolutionären Selbstverwaltung schaffen, die den Rahmen der zarischen Legalität bricht und Grundsteine zu dem kommenden Triumph der Revolution legt.

Eine abweichende Taktik empfiehlt der „Proletarier“, das neue Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie (Leninische Richtung). Es schreibt:

„Die Einberufung der groß-gefälligen „Volks“-Vertretung gibt uns den besten Anlaß, um den breitesten Massen der Bevölkerung klar zu machen, daß eine echte Vertretung jetzt nach solchem Bruch und Hohn von Seite des Zaren — nur von einer provisorischen revolutionären Regierung einberufen werden kann, und daß für die Schaffung einer solchen der Sieg des bewaffneten Aufstandes und tatsächliche Umstürzung der zarischen Gewalt Vorbedingung ist. Einen besseren Moment für die breite Agitation angunsten des bewaffneten Aufstandes kann man sich nicht vorstellen und für diese Agitation unentbehrlich ist volle Klarheit über das Programm der revolutionären Regierung. Dieses Programm besteht aus folgenden Punkten: 1. Einberufung der allgemeinen konstituierenden Versammlung, 2. Bewaffnung des Volkes,

3. politische Freiheit, d. h. sofortige Abschaffung aller ihr zuwiderlaufenden Gesetze, 4. vollständige kulturelle und politische Freiheit aller unterdrückten und nicht vollberechtigten Nationalitäten. Das russische Volk kann nicht die Freiheit für sich selbst erkämpfen, ohne für die Freiheit anderer Völker zu kämpfen, 5. achtstündiger Arbeitstag, 6. Einrichtung von Bauern-Komitees zum Zwecke der Durchführung aller demokratischen Reformen, die agrarischen Reformen und die Konfiskation der autokratischen Privilegien einbegreifen.

Die Revolution.

Warschau, 25. August. Der Verkehr auf den Weichselbahnen wird wieder hergestellt. Die Depotsarbeiter kehren zur Arbeit zurück.

In der Kreisstadt Wengrow (Gouvernement Siedlce) ist Generalstreik ausgebrochen. In allen Fabriken der Umgegend wurde die Arbeit eingestellt. Die Bahnreisenden wurden nicht aus der Stadt herausgelassen, alle Läden sind gesperrt. (Tel. des „Tag“.)

Warschau, 24. August. („A. Z.“) In Lodz trugen circa tausend Israeliten mit polizeilicher Erlaubnis in feierlichem Zuge die Kulisinfingern zur Synagoge, als eine Patrouille, die den roten Wäldchen für eine Demonstration hielt, den Zug attackierte, die Teilnehmer prügelte und über 300 Leute in Arrest brachte, dann wurden wieder alle entlassen. In Plutowo bei Pabianice und Delenow bei Lodz wurden öffentliche sozialistische Meetings durch die Polizei zerstreut, wobei bis 800 Leute gefangen gesetzt wurden.

Nach einer Petersburger Meldung der „Schles. Zig.“ verursachte eine tausendköpfige Menge Ausschreitungen (?) auf der Befestigung des Fürsten Bagration. Zwischen den herbeigekommenen Kosaken und der Volksmenge kam es zu einem ernstlichen Schermüßel. Hierbei wurden zwanzig Personen getötet und zahlreiche Personen verwundet.

Die Zuspitzung der Friedensverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen haben sich derartig zugespitzt, daß in den nächsten Tagen offenbar die Entschcheidung fallen muß. Die Friedensunterhändler beider Parteien sind von dem Ernst der kritischen Situation durchdrungen, nur in Petersburg scheint man in geradezu frivolster Weise die Japaner provozieren zu wollen. Hat doch Graf Lambsdorff erklärt, daß Rußland nicht eine Kopeke zahlen und nicht einen Fuß breit Landes abtreten werde. Eine völlig lächerliche Erklärung, ist doch Sachalin, von der Mandchurie ganz abgesehen, bereits in japanischen Besitz, und an eine Zurückeroberung kann doch nur ein himberbrannter Phantast glauben! Bitte selbst soll denn auch über diese Erklärungen Lambsdorff empört sein. Die Japaner vollends haben erklärt, es sei nur nötig, sie offiziell von der Echtheit der Worte Lambsdorffs in Kenntnis zu setzen, um sie zum sofortigen Baden ihrer Koffer zu veranlassen.

Im übrigen gibt man in Amerika trotzdem die Hoffnung auf eine schließliche Verständigung noch nicht auf. Und schließlich hat es Amerika ja in der Hand, Rußland widerpenstig oder gefügig zu machen. Man rechnet mit einem ferneren Nachgeben Japans, namentlich einer erheblichen Herabsetzung der Kriegsschadigungsforderung, und Japan soll sich auch bereits zu einem derartigen Kompromiß bereit erklärt haben. Ob die Absicht vorliegt, Japan um die ganze Kriegsschadigung zu pressen, werden ja die nächsten Tage zeigen.

Die vorliegenden Telegramme lauten:

London, 25. August. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Portsmouth soll Japan 120 Millionen Pfund Sterling als Friedenspreis fordern und Rußland bereit sein, 50 Millionen zu zahlen. Die „Times“ berichtet aus Portsmouth, wie sie aus guter japanischer Quelle vernehme, sei Japans letzter Vorschlag in Betreff der Insel Sachalin und der Kriegsschadigung ein Ultimatum.

Portsmouth (New Hampshire), 25. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Obgleich die Audienz des Botschafters v. Lengerke-Meyer beim Kaiser von Rußland nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, hat sie doch die Tür zu weiteren Verhandlungen offen gelassen. Kurz nachdem er den Bericht über die Audienz erhalten hatte, richtete Präsident Roosevelt nochmals durch Witte einen Appell an den Kaiser. Der Hauptgrund dafür, daß der Kaiser sich weigerte, das Kompromiß anzunehmen, scheint der zu sein, daß Japan eine bestimmte Summe als Kaufgeld für den nördlichen Teil von Sachalin verlangt hat. Sollte Japan den Betrag für eine spätere Abmachung offen gelassen, so würde der Vorschlag zweifellos annehmbarer gewesen sein. Es kann aus guter Quelle berichtet werden, daß die Meinungsverschiedenheit in bezug auf das von Roosevelt und auf das von Japan vorgeschlagene Kompromiß gerade auf diesen Punkt zurückzuführen ist. Wie verlautet, bemüht sich Roosevelt jetzt, die Zustimmung des russischen Kaisers zu dem Vorschlage Japans mit der Abänderung zu erreichen, daß der Betrag später durch ein Schiedsgericht oder auf andere Weise festgesetzt werden soll. Man glaubt, daß Japan das vorgeschlagene Zugeständnis machen wird. Dieser Glaube stützt sich auf eine Mitteilung einer höchst kompetenten japanischen Persönlichkeit, welche erklärte, Japans am Mittwoch gemachter Vorschlag stelle noch nicht das unreduzierbare Minimum dar; Japan nehme keine drohende Haltung an, denn das sei nicht der Weg, den Frieden zu erlangen.

Tokio, 25. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ministerpräsident Graf Katsura und der Vizeminister des Aeußeren Chinda begaben sich nach Empfang einer Stabeldespeche von Baron Komura zu dem Präsidenten des Geheimen Rates Marquis Ito, mit dem sie dann eine längere Unterredung hatten. Man glaubt, daß wichtige Entscheidungen bevorstehen. Graf Katsura erhält jeden Tag Hunderte von Briefen und Depeschen, in denen der dringende Wunsch ausgesprochen wird, die Friedensbedingungen auf der ursprünglich vorgeschlagenen Grundlage aufrechtzuerhalten.

Ein japanischer Invalidentransport verunglückt.

London, 25. August. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Der Dampfer „Kinjomaru“ mit Truppen an Bord, die vom Kriegsschauplatz nach Japan zurückkehren, stieß in der Nacht vom 24. d. M., nachdem er erst abends 10 Uhr verlassen hatte, in der Nähe von Simejuna mit dem englischen Dampfer „Baralong“ zusammen. Die „Kinjomaru“ sank in drei Minuten; 126 Soldaten und ein Major ertranken. Der englische Dampfer „Goldmonts“ rettete 19 Mann von der „Kinjomaru“ und brachte sie nach Woji.

Aus der Partei.

Zum Parteitage.

In Heilbronn beschloß eine Parteiverammlung nach einem Vortrag Wassner zum Organisationsstatut: „Die am 17. August im Gasthaus „Zur Rose“ tagende außerordentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei Heilbronn ist mit den Ausführungen des Genossen Wassner über das neue Organisationsstatut einverstanden und wünscht, daß der nächste Parteitag den Ausbau der Gau- resp. Bezirks- und Landesorganisation gemäß dem sächsischen Vorbild fördert und nicht unterbindet; bei unveränderter Annahme des Entwurfs würde letzteres zweifellos stattfinden und ist das neue Statut demgemäß abzuändern.“

In der Parteiverammlung für den 13. sächsischen Kreis (Leipzig-Land) wurde die bereits im sächsischen Kreise angenommene Resolution abgelehnt und eine Abänderung zum Parteistatut, wonach die Delegation zum Parteitage nach der Zahl der organisierten Genossen bestimmt werden soll. Der Referent Genosse Fäitich, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, äußerte sich in seinem Referat auch über die Austragung von Differenzen. Er sagte nach der „Leipziger Volkszeitung“:

Der Austrag persönlicher Differenzen muß auf dem Parteitag unterbleiben, weil sie die Entwicklung der Partei nicht fördern; das sei der Wille der großen Masse der Arbeiter. Ebenso sollen die persönlichen Angriffe in der Presse aufhören. Die Presse solle vielmehr die Prinzipien der Partei verbreiten und nicht durch persönliche Zankereien parteiverderbend wirken. Rüge der diesjährige Parteitag auch dem Gegner Achtung abnötigen und der Partei von Nutzen sein. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Lensch, gleichfalls Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, sagte nach demselben Bericht:

Die jahrelange Dauer der heute erwähnten Parteipolemik zeige schon, daß es sich in dieser Frage nicht lediglich um persönliche Streitereien handle, sondern daß ihnen sachliche Momente zugrunde liegen. Die Tatsache, daß die Berliner Vertrauensleute den „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan entkleidet wissen wollen, sei ein weiterer Beweis für ein Vorhandensein sachlicher Differenzen. Redner sei allerdings auch der Meinung, daß die Differenzen in einer Weise ausgetragen werden müssen, wie es unter Parteigenossen üblich sein sollte.

Wir möchten hierzu doch bemerken, daß Genosse Lensch über die Gründe, weshalb die Berliner Genossen den „Vorwärts“ für sich in Anspruch nehmen, schlecht unterrichtet ist.

Der Kreistag für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt nahm eine Resolution an, worin die Behandlung des Massenstreiks auf dem Parteitage begrüßt und den Genossen das Studium des Problems empfohlen wird. In der Frage der Reiseerklärte sich der Kreistag für absolute Arbeitsruhe. Zum Parteistatut wird die Abführung von 25 Proz. an den Parteivorstand als zu hoch bemängelt, die Zulassung von nur einem Viertel der Reichstagsfraktion zum Parteitage und die Delegation nach der Zahl der organisierten Genossen befürwortet.

Die Generalversammlung des Zentralvereins für den Wahlkreis Ruppin-Templin nahm folgende Anträge an:

1. Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft bei Reichstags-, Landtags-, Stadtverordneten- oder Gemeinde-Wahlen Kompromisse mit anderen Parteien zur Erhaltung von Mandaten in den obengenannten Körperschaften nicht mehr abgeschlossen werden dürfen, da die Erfahrung gezeigt hat, daß trotz aller Kompromisse die bürgerlichen Parteien — inklusive der freisinnig-demokratischen — im entscheidenden Moment sich immer für die reaktionärsten Ansätze und Feinde gegen die Sozialdemokratie entschieden haben.

2. Die am 13. August tagende Generalversammlung des Kreises Ruppin-Templin beschließt, dem Parteitage zu empfehlen, nach wie vor daran festzuhalten, daß die Reiseerklärte in dem Sinne begangen werden soll, wie es der letzte internationale Kongreß in Amsterdam beschlossen hat.

Eine Motorbaraffe „Hamburger Echo“ wird auf einer Hamburger Werft im Auftrage unseres Hamburger Parteigeschäfts gebaut. Sie soll dem „Hamburger Echo“ zu Expeditionszwecken dienen.

Zwecks Stellungnahme zum Kampf um das allgemeine Wahlrecht beruft die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns auf den 10. September einen außerordentlichen Landesparteitag nach Budapest ein.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung des Reichsbankdiskonts. Die seit längerer Zeit in fröhlichster Stimmung befindliche Börse fühlt sich seit einigen Tagen etwas niedergedrückt. Mit ziemlicher Sicherheit ist nämlich auf eine baldige Erhöhung des Reichsbankdiskonts zu rechnen, da man in den Kreisen der Reichsbank auf eine Steigerung des Geldbedarfs für den Herbsttermin und auf eine Inanspruchnahme des Instituts durch das Reich rechnet. Der letzte Ausweis der Bank zeigte bereits eine stärkere Anspannung der Bankmittel als zur gleichen Zeit des Vorjahres; allerdings stellte sich damals der Diskontsatz auf 4 Proz., während er bekanntlich seit dem 25. Februar d. J. auf 3 Proz. steht.

Die preussischen Sparfassen haben sich im Jahre 1903 nach dem von der „Berliner Korrespondenz“ im Auszuge veröffentlichten statistischen Bericht nicht unerheblich vermehrt. Es gab nämlich am Schlusse des Rechnungsjahres insgesamt 1540 Sparfassen, während im Vorjahre nur 1507 gezählt wurden. Dieser beträchtliche Zugang von 42 Sparfassen wird hauptsächlich hervorgerufen durch die Vereins- und Privatparfassen, die sich um 22 vermehrten, was um so bemerkenswerter ist, als diese Sparfassen sich bisher seit dem Jahre 1899 fortgesetzt vermindert hatten. Im einzelnen gab es unter den 1540 Sparfassen 703 städtische (gegen 680 im Vorjahre), 229 Landgemeinde- usw. Klassen (gegen 227), 416 Kreis- und Amtsparfassen (gegen 412), 6 Provinzial- und ständische (wie im Vorjahre) und 105 Vereins- und Privatparfassen (gegen 178).

An Sparfassenbüchern waren insgesamt 9773 103 im Umlauf gegen 9372 930 im Jahre 1902; die Zunahme ist beträchtlicher als im Vorjahre. Die größte Zahl von Büchern hat Rheinland (1 844 689), demnachst Schlesien (1 264 296), dann Sachsen (1 227 117), schließlich Brandenburg mit 1 127 001; alle übrigen Provinzen stehen noch unter einer Million. Die Einrichtung der gesperrten Sparfassenbücher gewinnt erfreulicherweise immer mehr an Boden, es waren 1903 bereits 114 452 derartige Bücher vorhanden gegen 99 152 im Vorjahre.

Die Gesamthöhe der Einlagen betrug am Schlusse des Rechnungsjahres 7 229 944 820,04 M. gegen 6 727 707 642,80 M. im Vorjahre. Von den 9 773 103 Sparfassenbüchern entfielen auf Wähler:

	1903	1902	1901	1900	1899
bis zu 50 M. Einlage	27,91	28,00	27,97	28,07	28,22
von über 50 bis 150 M.	14,59	14,09	15,05	15,35	15,48
150 „ 300 „	13,04	13,22	13,40	13,77	13,81
300 „ 600 „	14,98	15,12	15,27	15,44	15,40
600 „ 3 000 „	24,78	24,54	24,08	24,46	23,17
3 000 „ 10 000 „	4,17	3,95	3,72	3,50	3,49
10 000 M. „	0,52	0,48	0,45	0,42	0,42

Es zeigt sich also auch 1903 die schon seit Jahren beobachtete Erscheinung eines leichten Rückganges der Bücher mit kleineren Einlagen und einer Zunahme der Bücher mit größeren.

Der erwähnte Rückgang der Bücher mit größeren Einlagen entspricht auch die stets wachsende Höhe des auf ein Buch durchschnittlich entfallenden Betrags, der im Berichtsjahre 779,78 M. erreichte hatte gegen 717,78 M. im Jahre 1902, dagegen 1901 erst 699,26 M. und 1900 erst 662,67 M. Zum Vergleiche sei erwähnt, daß 1895 auf ein Buch nur 160 M., 1875: 503 und 1898: 656 M. entfielen.

Deutschlands Roheisenproduktion hat im Juli eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Erzeugung betrug insgesamt 942 905 Tonnen (im Juli 1902 betrug sie 847 327 Tonnen), wovon 172 007 auf Gießereirohisen, 38 256 auf Bessemerrohisen, 598 342 auf Thomasrohisen, 65 057 auf Stahl- und Spiegeleisen und 69 243 auf Puddelrohisen entfielen.

Die Gesamtzeugung der ersten sieben Monate hat die sechste Million überschritten (6 041 493 Tonnen) und damit die vorjährige Erzeugung des gleichen Zeitraumes um fast 200 000 Tonnen überholt.

Ueber die Entwicklung der Kali-Industrie bringt der Jahresbericht der Handelskammer des Großherzogtums Sachsen eine interessante Zusammenstellung. Das Entstehen mehrerer in Großherzogtum belegener Kalisalzwerte hat das Arbeitsfeld dieser Industrie wieder sehr vergrößert. Wie stark der Absatz von Kalisalz in den letzten Jahren zugenommen hat, das ergibt sich deutlich aus einer Zusammenstellung der Mengen Kali, die vom Verkaufszentrum abgeleitet wurden. Es betrug nämlich der Absatz von Kali, Kalisulphat, Kalinit etc. im Jahre 1902 beim Syndikat 17 388 504 Doppelzentner, 1903 19 482 703 und im Jahre 1904 23 078 591 Doppelzentner. Auf reines Kali berechnet beziffert sich die Gesamtmenge auf 4 116 505 Doppelzentner, die Zunahme gegenüber 1903 beträgt 14,17 Proz. Der Gesamtwert aller zum Verkauf gebrachten Mengen belief sich 1903 auf 60 824 812 Mark und 1904 auf 72 816 244 Mark. Die Zunahme stellt sich demnach auf 11 401 632 Mark.

Wie der starke Produktionsvermehrung entsprechend der Verbrauch von Kali gewachsen ist, ergibt sich aus einem Vergleich zwischen den Jahren 1890 und 1902, in welcher Zeit der Verbrauch im ganzen Deutschen Reich um 1 102 796 Doppelzentner stieg. Am stärksten hat der Verbrauch von Kali in dieser Zeit im Herzogtum Anhalt zugenommen, wo beispielsweise im Jahre 1902 der Verbrauch auf 1 Quadratkilometer neubringender Bodenfläche berechnet, 954 Kilogramm betrug. Dann folgt Mecklenburg mit 478 Kilogramm und Preußen mit 462 Kilogramm in der gleichen Zeit. Der Verbrauch im Großherzogtum Sachsen stellte sich dagegen nur auf 140 Kilogramm.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Rigdorfer städtischen Gasarbeiter

hat zu einer vorläufigen Einigung mit der Stadtverwaltung geführt. In einer gestern abend stattgehabten, von allen Arbeitern mit Ausnahme der Nachschicht besuchten Versammlung gab Hoffmann den Bericht der Kommission, die gestern mit dem Bürgermeister Voigt und dem Stadtrat Weigand eine Verhandlung hatte. Die Redner anfangs seiner Ausführungen mitteilte, hatte es den Anschein, als wenn der Magistrat wohl für den Streik gerüstet sei, aber doch dem Streik aus dem Wege gehen möchte. Dies beweisen die bewilligten Lohnaufbesserungen für die einzelnen Arbeiterkategorien. Es sollen erhalten an Tageslohn: Hofarbeiter 3,70 M., steigend um 10 Pf. pro Jahr bis 4,20, gefordert wurde: 4,00 M. bis 4,20 M. Helfer 3,70 bis 4,20 M., gefordert: 4,00 bis 4,50 M. Standaufnehmer 3,70 bis 4,50 M., gefordert: 4,00 bis 4,50 M. Streckenarbeiter 3,70 bis 4,20 M., gefordert: 4,00 M. Kohlenarbeiter 4,00 bis 4,50 M. Kohlenausläder 25 Pf. Zulage. Feuerleute 5,25 bis 5,50 M. Rohrleger 4,70 M., steigend bis 5,50 M. Resselheizer 4,50 bis 5,50 M. Schleusenwärter 3,70 bis 4,20 M. Laternenmonteure 4,00 bis 4,50 M.

Die Löhne sollen vom 1. September ab bezahlt werden, jedoch soll die Sanktion der Stadtverordneten-Versammlung nachträglich eingeholt werden. Stadtv. Conrad rät zur Annahme der Bewilligungen. Er ermahnt die Anwesenden, in ihrer Organisation dafür zu sorgen, daß die Nacharbeitende, auf die der Magistrat sich beruft, gezwungen werden, bessere Löhne zu zahlen.

In der zeitweilig sehr erregten Diskussion wurden die Bewilligungen als sehr minimale bezeichnet, die nur als Abschlagszahlung gelten können. Folgende Resolution fand gegen drei Stimmen Annahme:

„Die heutige Versammlung erklärt angesichts der gegenwärtigen Situation die Zulage der Herren Magistratsmitglieder als das mindeste dessen, was sie annehmen kann. Sie erwartet daher, daß das Stadtverordnetenkollegium bei seinem ersten Zusammentritt nach den Ferien, diesen Vorschlägen der Herren Magistratsvertreter gleichfalls zustimmt und die neuen Lohnsätze vom 1. September d. J. ab in Kraft treten.“

Unter dieser Voraussetzung wird der Streikbeschuß vom 24. d. M. aufgehoben. Sollte jedoch wider Erwarten das Kollegium diese Vorschläge verwerfen, so würden die Versammelten ihre Forderungen mit allem Nachdruck durchzusetzen versuchen.“

Die Kollegen Polenske und Börsch ermahnten zum Schluß, treu zur Organisation zu halten. Nur so könne an eine Aufrechterhaltung der Bewilligungen und eine weitere Verbesserung der Lebenslage gedacht werden.

Metallarbeiter, seid auf der Hut! Auf der Suche nach Arbeitswilligen für die im Streik stehenden Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Roumann in Dresden ist eine Agentur, die in der Friedriehstr. 214 ihr Domizil errichtet hat. Es wird dringend gewarnt, auf diese Offerten hineinzufallen.

Achtung, Kupferschmiede! In der Maschinenfabrik von Gebauer, gegenüber dem Bahnhof Weißhofstraße, haben die Kupferschmiede wegen Verweigerung einer Lohnzulage die Arbeit niedergelegt. Es wird daselbst teils im Lohn, teils im Afford gearbeitet. Die Kupferschmiede erhalten 50 Pf. Stundenlohn und konnten bei Affordarbeiten bis 60 Pf. verdienen. Nur ganz gelübte Arbeiter waren in der Lage, bei den Affordpreisen 60 Pf. zu erreichen. Da nun Lohnarbeit sehr häufig ist, stellte sich der Wochenlohn niedriger als bei den meisten Mechanikern unserer Branche. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten, außerdem erlauben wir die Kollegen, für Gebauer keine Arbeiten anzufertigen.

Der Vorstand des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands, Billale Berlin.

Rückbildung des Malertarifs. Eine außerordentlich stark bedrückte Versammlung der Maler, Anstreicher und aller im Verufe tätigen sonstigen Personen fand am 24. August den großen Meisterschen Festsaal in der Koppenstraße bis auf den letzten Nagel. Der größte Teil der Tische mußte entfernt werden, um Raum zu schaffen für die andrängende Masse. Die Polizei sperrte ab. Auf der Tagesordnung stand: „Tarifverlängerung oder Rückbildung des Tarifs?“ Einberufen war der Gehältsausschuß. — Der Altkämmerer Wendel eröffnete die Versammlung und verwies darauf, daß der auf drei Jahre abgeschlossene Tarif am 1. April nächsten Jahres ablaufe und es wegen der halb-jährigen Rückbildungsfrist jetzt die höchste Zeit sei, zu fragen: kündigen wir ihn? Darüber müsse die Masse der Kollegenentscheidet. Es gäbe zwar tiefe Gegenstände in der Kollegenchaft, er meine aber, diese brüderlichen Streitigkeiten sollte man beiseite lassen, bis der neue Tarif unter Dach und Fach sei.

Jacobson als Referent legte eingehend die gegenwärtige Situation dar. Seine mit sächsischen Beisatz aufgenommenen Ausführungen gipfelten in folgender Resolution: „Die versammelten Maler und Anstreicher Berlins und der Vororte beantragen die Ge-

hälftauschüsse Berlins und der Vororte, den jetzt bestehenden Lohn-tarif allen in Betracht kommenden Zünften sowie auch den Meistern, die den Tarif einzeln unterschrieben haben, zu kündigen. In Erwägung, daß die Lebensmittelpreise in der letzten Zeit ganz rapid gestiegen sind und daß das Fleisch einen ganz unerhörten Preis erreicht hat; in fernerer Erwägung, daß nach Inkrafttreten des Solltarifs die Lebensmittel noch eine weitere Preissteigerung erfahren werden, die Maler und Anstreicher im Bau-gewerbe aber am schlechtesten bezahlt sind und trotzdem die größte Arbeitslosigkeit im Baubetrieb haben, wie das Reichsamt für Statistik festgestellt hat, ist es den Malergehilfen und Anstreichern nicht möglich, für den bisherigen Lohn arbeiten zu können.“

Herner beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung der „Vereinigung der Maler Deutschlands“, einen neuen Lohn-tarif auszuarbeiten und diesen einer demnächst stattfindenden Mitglieder-versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.“

Alle Diskussionsredner sprachen sich für die Kündigung des Tarifs aus, auch verschiedene Mitglieder der Lokalorganisation. Diese erklärten, ebenfalls für ein geschlossenes und einigartiges Vorgehen zu sein, sie bemängelten aber, daß nach der Resolution der neue Tarif nur von der Ortsverwaltung der Zentralorganisation ausgearbeitet werden und daß nur von den Mitgliedern der Zentralorganisation darüber befunden werden soll. Am besten würde ein geschlossenes Vorgehen garantiert, wenn man auch zu den Vorbereitungen die Lokalorganisation hinzuziehe. Die Redner des Verbandes (Vereinigung der Maler etc. Deutschlands) traten dem entgegen und betonten, daß der abschlaggebende Träger einer Tarifbewegung nur die starke Organisation sein könne, die für Tarifverträge eintrete und bereit sei, sie auch zu halten. Das könne nicht von der Lokalorganisation gesagt werden, die der „Freien Vereinigung der Gewerkschaften“ angeschlossen sei, welche sich ausdrücklich gegen Tarifverträge ausgesprochen habe. Im übrigen würden die Mitglieder des Lokalarbeitsausschusses nicht zu kurz kommen, wenn sie sich zu geeigneter Zeit den dann von der Zentralisation aufgestellten Forderungen anschließen und mit dafür eintreten.

Nach dem begeisterten Schlusswort Jacobsons nahm die von mehr als 2000 Personen besuchte Versammlung die Resolution gegen zwei Stimmen an. Mit brausendem Hoch auf die zukünftige Tarifbewegung und die Organisation schloß die Versammlung.

Die Berliner Leberarbeiter (Weißgerber, Färber) waren Donnerstagabend fast vollständig im großen Saal des Marienbad, Badstraße, versammelt, um über die Frage der Tarifkündigung schlüssig zu werden und eventuell einen neuen Lohn-tarif aufzustellen. Nach kurzer Beratung wurde einstimmig beschlossen, den bestehenden Tarif, der noch bis zum 1. Oktober d. J. Gültigkeit hat, zu kündigen und in die Beratung eines neuen Tarifs einzutreten. Nach mehrstündigen Verhandlungen einigten sich die Versammelten über folgende Punkte:

Die Arbeitszeit wird von 10 auf 9 Stunden täglich herabgesetzt. Der Minimalstundenlohn wird von 45 auf 63 Pf. für Baumarbeiter erhöht. Ueberstunden 25 Prozent Zuschlag für sämtliche Arbeiterkategorien. Abschaffung der Affordarbeit in der wassen Werkstatt. Die Färber werden mit den Baumarbeitern gleichgestellt. Unorganisierte dürfen nicht beschäftigt werden. Die Lehrlinge dürfen nicht mit Arbeitern beschäftigt werden, die nicht zum Verufe gehören. Die Freizeit beginnt in der wassen Werkstatt. Für Affordarbeiten sind 25 Proz. Zuschlag zu zahlen. Für besonders schwere Leder ist der Lohn zu garantieren oder ein besonderer Zuschlag zu gewähren. Falls Affordarbeiter im Lohn arbeiten, erhalten dieselben den Affordlohn, damit 33 M. herauskommen. Sämtliche Nebenarbeiten sind bei Afford abzuschaffen. An den Tagen vor den hohen Festen ist um 4 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Jede Fabrik hat einen Ausgänger zu wählen. Bei Krisen ist, bevor Massenentlassungen vorgenommen werden, der Ausgänger zu hören. Etwas Streikfälle sind durch die Organisation zu ordnen. Verbesserungen des Arbeitsniveaus sollen eingeführt werden. Sämtliche Zippel (Vorarbeiter, Werkführer), die auch organisiert sind, haben rechtzeitig zu kündigen. Die Tarifkündigungsfrist bleibt die vierwöchentliche. Der erste Mai ist freizugeben. Der neue Tarif ist in sämtlichen Abteilungen aufzuhängen und tritt bei jeder Produktionsform in Kraft. — In Frage kommen 700 organisierte Arbeiter. — Schließlich wurde eine Kommission gewählt und beauftragt, mit den Fabrikanten in Verhandlungen zu treten.

Den Hilfsarbeitern, die sich dieser Bewegung anschließen werden, wurde aufgegeben, ihre Forderungen genau zu präzisieren; dann sollen sie von der Gesamtheit mit vertreten werden.

Die Arbeiter der Firma Bergmann, Fabrik für elektrische Apparate, Henningsdorfer- und Dudenardertstraße hatten vor einiger Zeit die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, eine 10proz. Lohnerhöhung für Lohnarbeiter und Jubilierung eines Arbeiterausschusses gestellt. Nach wiederholten Verhandlungen mit dem Generaldirektor Herrn Bergmann, in denen die Arbeiterkommission keinen Zweifel darüber ließ, daß es sich diesmal nicht um bössische Wünsche, sondern um ernsthafte Forderungen handele, hat die Firma jetzt ein anerkanntwertes Entgegenkommen bewiesen. Laut bindender Zusage des Direktors ist den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, also wöchentlich 3 Stunden, Einführung des Arbeiterausschusses und eine fünfprozentige Lohnerhöhung für alle diejenigen Arbeiter, die seit dem 1. Mai noch keine Zulage bekommen haben, bewilligt worden. Diese Bewilligung tritt mit dem 15. September in Kraft. Auf frühere Anregungen der Arbeiterschaft, die Arbeitszeit zeitgemäß zu verkürzen, hatte die Firma stets ablehnend geantwortet mit dem Bemerkten, daß sie prinzipiell an der zehnstündigen Arbeitszeit festhalte. In einer stark besuchten Versammlung der Bergmann'schen Arbeiter, die am Donnerstag im „Feldschützen“ stattfand, erklärten sich die Anwesenden mit dem Justizstandnis der Firma zufrieden gestellt, nachdem die Kommissionsmitglieder die Annahme desselben warm befürwortet hatten.

Die Hausdiener, Bader, Radfahrer der Firma Feuer u. Co., Schönberg, Bahstr. 19/20, haben gestern Freitagmittag die Arbeit eingestellt, nachdem durch wiederholte Verhandlungen der Bader mit der Direktion sowie dem Chef der Firma keine Einigung erzielt werden konnte. Von den Bädern wurde eine Abänderung der Regelung der täglichen Arbeitszeit, Bezahlung von Stundenlöhnen sowie Bezahlung der Nebenstunden während der Saison verlangt; in keinem Falle wurden Zugeständnisse gemacht, im Gegenteil, es trat nach der letzten Verhandlung seitens der Expedienten ein verstärktes Antreibehystem zu Tage, welches jedenfalls durch die Geschäftsleitung veranlaßt worden ist. Dieses bot den Hauptgrund der Einstellung der Arbeit.

Deutsches Reich.

In Rixheim haben sämtliche Steinmehlen, Mörser und Brecher die Arbeit niedergelegt. Auf den Werkplätzen und Brücken ruht der Betrieb vollständig. Bisher haben die Arbeitgeber jede Unterhandlung abgelehnt. Die Steinarbeiter im unterfränkischen Rastatt-gebiet bitten alle Berufscollegen, keine Arbeiter für Rixheim zu verrecrten, dann werden sie auch die Feuerprobe in ihrem ersten wirtschaftlichen Kampfe erfolgreich bestehen.

Der neue Solltarif.

Kristiania, 25. August. (N. N. W.) Der vom Storting angenommene neue Solltarif wurde heute von der Regierung bestätigt. Der Tarif tritt am 8. September in Kraft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der neue Solltarif. Kristiania, 25. August. (N. N. W.) Der vom Storting angenommene neue Solltarif wurde heute von der Regierung bestätigt. Der Tarif tritt am 8. September in Kraft.

Die Friseurgehülfen Deutschlands

Hielten vom 22.-24. August in Leipzig ihren achten Verbandstag ab. Nach dem Rechenschaftsbericht zählt der Verband 1500 Mitglieder, wovon allerdings nur ein Teil vollqualifizierte Mitglieder sind.

Nach dem Bericht des Kassierers hatte der Verband im Berichtsjahre eine Einnahme von 7925,54 M. und eine Ausgabe von 3190,57 M. Der Kassenbestand beträgt 3209,49 M.

Nach einer längeren Debatte wurde die Herausgabe eines Leitfadens sowie das dreimalige Erscheinen des Verbandsorgans, der „Friseurgehülfen-Zeitung“, die bisher zweimal monatlich erschien, beschlossen.

Nach Erledigung einer Anzahl Anträge wurde der Punkt Agitation erledigt, worüber Wenzel referierte. Er betonte, daß sich die Herausgabe eines Flugblattes nötig mache, das die militärische Agitation erleichtere.

Hierauf werden folgende Anträge angenommen: Der Verbandsvorstand möge für Süddeutschland einen besoldeten Gauvorstand anstellen und denselben für seine Tätigkeit, die vom Montag bis Freitag dem Verbandsorgane allein zu gelten hat, besolden.

Am die Lehrlinge vor moralischer und physischer Erkrankung zu schützen, wurde ein Antrag Bremen dem Verbandsvorstand zur Verdisziplinierung überwiesen, der die Einreichung einer Petition an den Bundesrat verlangt zum Erlaß eines Verbots, Lehrlinge in Kasernen, Krankenhäusern und Gefängnissen zu beschäftigen.

In einem ferneren Antrage wird der Verbandsvorstand beauftragt, Material über die Anwendbarkeit des Boykotts zu sammeln und es auf dem nächsten Gewerkschaftskongress erörtern zu lassen oder es dem Referenten zum Punkte „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel“ zur Verfügung zu stellen.

Schließlich wurde noch folgender Resolution zugestimmt: Die Agitation hat der Verbandsvorstand mit den Bezirksobmännern unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse einheitlich und planmäßig zu betreiben.

Den Bericht vom Gewerkschaftskongress in Köln erstattete der Verbandsvorstand G. L. O. r n - Hamburg. Er meinte unter anderem in bezug auf die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle, daß es nicht immer deren Schuld sei, wenn die kleinen Gewerkschaften von ihnen zu wenig unterstützt würden.

Der Bericht vom Gewerkschaftskongress in Köln erstattete der Verbandsvorstand G. L. O. r n - Hamburg. Er meinte unter anderem in bezug auf die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle, daß es nicht immer deren Schuld sei, wenn die kleinen Gewerkschaften von ihnen zu wenig unterstützt würden.

Der achte Verbandstag des Verbandes der Friseurgehülfen Deutschlands ist für den Fall, daß der Damenfriseur- und Perückenmacherverband sich ihm anschließt, bereit, letzterem das Recht einzuräumen, besondere Sektionen innerhalb des Verbandes zu bilden.

Nach Annahme dieser Resolution wurden eine Anzahl Statutenänderungen vorgenommen. Als Sitz des Vorstandes wurde wiederum Hamburg gewählt, desgleichen wurde auch die bisherige Verbandsleitung und der Ausschuss, der auch künftig in Berlin domizilieren wird, wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag wird in Bremen abgehalten werden.

Soziales.

Gegen den Fleischwucher protestierten wiederum eine Versammlung in Hannover, eine in Solingen, eine in Wald bei Solingen, eine Versammlung in Hagen und eine in Karlsruhe.

Inzuständigkeit des Gewerbegerichts.

Der Sattler W. verlangte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht von der Firma Kemmerich u. Komp. außer verdientem Lohn noch etwa 30000 Mark dafür, daß er Maschinen der Firma, wie er behauptet, unter Verwertung einer eigenen Erfindung so eingerichtet habe, daß eine sehr große Ersparnis an Arbeitskräften möglich sei.

haupteite, die vom Kläger an den Maschinen vorgenommenen Veränderungen seien ganz geringfügig. Von einer wesentlichen Ersparnis infolge der Tätigkeit des Klägers könnte nicht die Rede sein.

Das Gewerbegericht, Kammer 2, sprach dem Kläger zwar seinen verdienten Lohn zu, erklärte sich aber zur Entscheidung der Entschädigungsfrage aus der Maschinenveränderung für unzuständig. Vom Vorsitzenden Le Viseur wurde dazu bemerkt: Nach der eigenen Darstellung des Klägers handle es sich bei dieser Forderung entweder um die Darbietung einer höheren technischen Leistung im Sinne des Gesetzes gegen prozentuale Vergütung oder aber, und das wäre die Meinung des ganzen Gerichtshofes, um einen rein zivilrechtlichen Ueberlassungsvertrag.

Der Werkstattschreiber als Gewerbegehülfe.

In dem Entschädigungsstreit eines ehemaligen Werkstattschreibers der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft hat die Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts entschieden, daß der Werkstattschreiber Gewerbegehülfe sei und so der Bestimmung der Fabrikordnung über den Kündigungsausschluß unterstehe.

Kein Entlassungsgrund. Der Arbeiter G. hatte seinen vormaligen Arbeitgeber Bräumig beim Berliner Gewerbegericht verklagt und verlangte eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung, sowie rückständigen Lohn. Gegen die Klage wandte Bräumig vor allem ein, G. habe einen Grund zur plötzlichen Entlassung dadurch gegeben, daß er hinter seinem Rücken mit einem Kunden selbständig Geschäfte gemacht habe.

Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Böbling riet zu einem Vergleich und gab seiner rechtlichen Auffassung dahin Ausdruck: Wenn ein kaufmännischer Angestellter so handle, wie der Kläger, und dem Chef nichts davon sage, dann wäre das ein Vertrauensbruch, der die Entlassung rechtfertigen würde.

Gerichts-Zeitung.

Ein für die literarische Welt bedeutungsvoller Prozeß beschäftigt zurzeit die Berliner Gerichte. Es handelt sich in diesem Rechtsstreit um die Frage, ob jemand als Träger eines bestimmten Namens dagegen Einspruch erheben kann, daß dieser Name einer frei erfundenen Figur beigelegt werde.

Versammlungen.

Der Holzarbeiterverband hielt am Donnerstag, den 17. August, im großen Saal von Keller in der Stopenstraße eine sehr gut besuchte Vertrauensmännerversammlung für familiäre Besuche und Branchen ab.

Weitere Wortmeldungen zum Jahresbericht der Gewerkschaftskommission erfolgten nicht.

Die Versammlung erledigte noch die Frage der Entschädigung für die Branchen- und Kommissionsobleute sowie für die Kommissionsmitglieder. Nach längerer Debatte wurde beschlossen: Die Obleute werden für ihre Tätigkeit pro Vierteljahr mit je 20 M. entschädigt.

Durch einen Beschluß empfielt die Versammlung den Mitgliedern die in Anzeigen ersichteten Arbeitsnachweise des Fachvereins der Tischler zu meiden.

Der Zentralverband der Maurer (Zweigverein Berlin) hielt am Freitag in Kellers großem Saal eine gutbesuchte Generalversammlung ab. Genosse E. F. t i n g e - Hamburg, vom Hauptvorstand des Verbandes, sprach daselbst über Ursachen und Wirkungen des wirtschaftlichen Kampfes.

Hierauf gab der Kassierer Wartenberg den Kassenbericht vom zweiten Quartal. In den Jahrestellen und Sektionen belief sich die Einnahme auf 109 833,20 M. und die Ausgabe auf 7575,61 M.

Der Faberverein der Musikinstrumentenarbeiter hielt am 21. August eine Mitgliederversammlung ab, in der Herr Schriftsteller A. S t e r n über das Thema referierte: „Der Datowitsch als Grundlage einer freien Weltanschauung“.

Vom Vorstand der Metallarbeiter-Gewerkschaft erhalten wie eine Aufsicht, in welcher Bezug genommen wird auf den Bericht von der Neenpalastversammlung, in der Dr. Friedberg referierte.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. August, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlaube des Rathhauses, Eingang Auguststr. 15-18: Versammlung freireligiöser Vorlesung.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW. Alexanderstr. 26. geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. C. v. B. Hamburg. (Blatte Berlin 5.) Mitgliedsversammlung am Sonnabend, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Rosenhaller Hof, Rosenhallerstr. 11/12.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hülle (zwei Hüllchen oder eine Hülle) anzugeben, unter der die Antwort erklärt werden soll, und die letzte Abonnementzahl beigulegen.

C. P. 21. Erst praktisch, dann theoretisch. Zunächst lese in einem nicht zu großen elektrischen Betriebe. - W. K. 20. Berliner Fortbildungsschulen lehren künstlich Englisch und Französisch.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. - Hans 81. Ihre Frau muß für je zwei Jahre mindestens 20 Mark an Selbstversicherer zahlen, um sich den Anspruch zu erhalten.

Partei-Angelegenheiten.

Der Sozialdemokratische Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hält am Sonntag, 27. August, mittags 12 Uhr, seine Generalversammlung in Teltow, Restaurant Biedenhagen, Berlinerstraße 16 ab. Tagesordnung: 1. Der Parteitag in Jena. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. 2. Diskussion über die zum Parteitage gestellten Anträge: a) Anträge zum Organisationsstatut; b) Sonstige Anträge zum Parteitage. 3. Wahl von Delegierten zum Parteitage. 4. Wahl von Delegierten zur Brandenburger Provinzialkonferenz. 5. Resolution betr. den „Vorwärts“. 6. Verschiedenes. — Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand. J. A.: W. Eberhardt.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Heilsarmee

Schreibt man uns: Wenn sich die Doffentlichkeit etwas mehr mit dem Wirken der Heilsarmee beschäftigen möchte, dann würde sehr bald der Nimbus fallen, der diese Organisation umgibt. Von einem Idealismus und einem „segensreichen Wirken“ konnte man vor vielen Jahren einmal reden; heute ist die Wohlthätigkeit und die christliche Liebe der Heilsarmee nichts weiter als ein wohlberedener Teil eines großen Geschäftsunternehmens, welches ungeheure Summen einbringt. Das lernt man am besten kennen, wenn man das Wirken der Heilsarmee in Amerika beobachtet. Dort füllt sich diese Gesellschaft so recht zu Hause, noch mehr als in ihrer Heimat England. Bei den Amerikanern hat sie die größten Erfolge (siehe Einnahmen) zu verzeichnen. Von New York bis San Francisco findet man sie in jedem Reize wie die Bettelwaise, immer beim Einsammeln! Jedes Wohlthätigkeitsessen wird unter lautem Lament und mit Pausen und Trompeten angekündigt. Jede kleine, bescheidene Einrichtung zum Nutzen von armen Leuten wird weit und breit bekannt gemacht, um daraufhin wieder fleißig einsammeln zu können. Die Kolonien der Heilsarmee sind sehr verufen bei Arbeitern, die wegen Arbeitslosigkeit einmal davon Gebrauch machten. Wie die Mitglieder dieser Armee, entgegen dem Bibelwort, stets darüber wachen, daß ihre linke Hand wohl weiß, was die rechte tut, so beten sie auch nicht im stillen Kämmerlein, sondern mit Vorliebe an recht belebten Straßenenden. Da steht ein Trupp von der Heilsarmee, singt, musiziert und betet, wirft sich auf die Knie und schreit gen Himmel um Vergebung seiner Sünden, so daß diese zur Schau gestellte Frömmigkeit einen Deutschen geradezu abjöhrt, dem Amerikaner aber gewaltig imponiert, und so kommen Leuten gibt er gern reichlich. Vor einigen Jahren wurde in einer sozialistischen Zeitung in Amerika eine Serie von Artikeln über die inneren Zustände in der Heilsarmee von einem ehemaligen „Soldaten“ veröffentlicht, worin deutlich gezeigt wurde, daß diese Organisation auf den Gelderwerb verfaßt ist wie irgend ein Ausbeuter-Konzern. Sie macht sich die Not ihrer Mitmenschen zunutze, läßt arme und dumme Teufel für sich arbeiten, indem diese auf den Bettel unter dem Mantel des Christentums dressiert werden, den „War Cry“ (Kriegsruf) verbreiten und sich sonst nützlich machen müssen. Diese, von der Not getrieben, wenden sich der Heilsarmee zu, wo es ihnen auch jämmerlich schlecht geht. Wer abanzigern will, muß schlau und geschickt „arbeiten“ und in der Heilsarmee Meister sein. Dann kann er einer von den Großen werden, die herrlich und in Freuden leben, während der arme Lazarus mit den Droschken zufrieden sein muß, die von des reichen Bruders Tische fallen.

Nach dem amerikanischen Muster wird natürlich auch in Deutschland verfahren. Hier hat sich die Heilsarmee in diesen Tagen verreckt, was ihr nicht häufig passiert. Da glaubte sie mit dem Königreich und der großen Parade in Berlin eine Reklame machen zu können, und in England oder Amerika wäre dies glänzend gelungen, aber hier ist man etwas kritischer veranlagt. In der Woche fing man an, den Scheiterhaufen des Geheimnisses, mit dem die Heilsarmee ihre Praktiken verhält, ein wenig zu lüften. Man verlangt Rechnungslegung über die eingenommenen Bettelgelder und zeigt, wie die Großen in ganz unchristlicher Weise die Kleinen ausbeuten. — In Parteikreisen ist man manchmal geneigt, die Heilsarmee ihres scheinbar so wohlthätigen Wirkens wegen mißdeuten zu beurteilen. Das ist ein Irrtum und außerdem darf nicht vergessen werden, daß diese Armee beständig wider den Geist der Aufklärung streitet, in dem sie des Teufels Wirken sieht. Und die ganze Partei ist doch unablässig für die Aufklärung tätig!

Berlin und die Vororte.

Der § 53 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 hat verschiedenen Vorortgemeinden, so Nixdorf, Weihensee, Adlershof, Woghanen-Kummelsburg und der Gemeinde Zinna bei Jüterbog als Handhabe gebietet, vom Berliner Magistrat Zuschüsse zu ihren Gemeindegeldern zu verlangen. Der Magistrat hat diese Ansprüche sämtlich zurückgewiesen. So hat Weihensee im Jahre 1898 für 1897 einen Zuschuß von 85 000 M. verlangt, weil eine große Zahl von Personen, die in Berlin beschäftigt sind, dort wohnen. Dadurch seien der Gemeinde bedeutende Lasten für Schulen usw. und eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen entstanden. Später hat Weihensee 107 000 M. beim Bezirksausschuß eingeklagt. Dieser hat den Antrag als verpätet zurückgewiesen und die Klage abgewiesen. Das Ober-Verwaltungsgericht verwies dann aber auf Verurteilung die Sache an die Vorinstanz zurück. Der Berliner Magistrat hat, wie feinerzeit mitgeteilt wurde, die Anwenbarkeit des § 53 bestritten und das vorgelegte Material als durchaus unzuverlässig und den Nachweis der Ueberbürdung als nicht erbracht bezeichnet. Berlin wies darauf hin, daß Weihensee an der Entwicklung Berlins teilgenommen und Vorteile davon gehabt hat. Insbesondere aus der Steigerung der Grundrente, des Kaufpreises der Häuser, des Geschäftsumsatzes der Gewerbetreibenden usw. Ferner hat Weihensee Vorteile von dem Vorhandensein bezw. der Benutzung gemeinsinniger Anstalten in Berlin, wie z. B. der städtischen höheren Lehranstalten, Krankenhäuser usw., die Weihensee entbehrt. Auch durch die Berliner Armenpflege hat Weihensee besondere Vorteile, denn es gelangt noch nicht die Hälfte der Aufwendungen für die dort heimatberechtigten Personen zur Verfügung. Selbst die Steuern der zum Teil kinderlosen Arbeiter und Beamten, die in Berlin tätig sind, kommen der Gemeinde W. zugute. Nichtsdestoweniger wurde Berlin verurteilt, der Gemeinde Weihensee für 1897 18 700 M. und für 1898 12 320 M. zu gewähren. Mit den weitergehenden Ansprüchen wurde W. abgewiesen und hat drei Viertel der Kosten zu tragen. Weihensee hat dann einen Vergleich: Berlin solle jährlich 19 000 M. an Weihensee zahlen, vorgezogen, der vom Magistrat abgelehnt worden ist. Nach diesem Urteil muß also Berlin zahlen und Forderungen aller Berliner Vororte gewärtig sein. Selbstverständlich findet man in unfernen städtischen Kreisen auf Abwehrmaßnahmen. So haben die Stadtverordneten den Antrag eingebracht: Die Kur- und Krankenversorgungsätze für auswärtige Kranke zu erhöhen, d. h. die Selbstkosten zu verdoppeln, andere wollen sogar nur dann auswärtige Kranke in städtische Krankenanstalten aufnehmen lassen, wenn Gefahr im Verzuge ist. Von anderer Seite sind, wie eine magistratsamtliche

Korrespondenz mitteilt, noch viel einschneidendere Anträge in Aussicht gestellt worden. U. a. die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schüler, ferner ein Verbot des Wohnens städtischer Beamten, Lehrer, Arbeiter in den Vororten und die Ablehnung freiwilliger Hilfe bei Bränden (?) seitens der Berliner Feuerwehr sowie die Erhöhung der Kosten und Beiträge in den Fällen, wo Berlin den Vororten Anschluß an seine Kanalisation, Wasserleitung etc. gewährt. Weit wichtiger als manche dieser Vorschläge zur Abwehr, die kaum bei der Mehrheit der Stadtverordneten auf Annahme rechnen könnten, wäre es, eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes in der Art herbeizuführen, daß die Personen, die in den Großstädten ihren Erwerb haben — Direktoren, Direktoren von Aktiengesellschaften etc. — auch dort zur Steuer herangezogen werden können. Nicht bloß Berlin, auch andere Großstädte leiden unter dem gleichen Mißstand. Auch diese könnten leicht die Folgen des § 53 des N.-A.-G. veripären. Es muß für eine zeitgemäße Um- und Ausgestaltung des N.-A.-G. gesorgt, vor allem den Städten mehr Bewegungsfreiheit bei Ausgestaltung ihres Steuerwesens eingeräumt werden.

Das verständigste Mittel, um diesem erbärmlichen Krieg ein Ende zu machen, wäre die Eingemeindung sämtlicher Berliner Vororte. Aber Gründe menschlicher Natur lassen diese Maßregel in den Augen der Regierung als Förderung des Umsturzes erscheinen.

Der Magistrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Abordnung von drei Vertretern des Gewerbegerichts zu der am 18. und 19. September d. J. in Würzburg stattfindenden Verbandversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine. Abgelehnt und zwar aus prinzipiellen Gründen wurde ein Gesuch um Ueberlassung eines Raumes im Rathaus zur Abhaltung eines Bazaars zum Besten eines Kirchenbaues. Derartige Besuche sind bis jetzt stets abgelehnt worden. Zur Vergabe des großen Festsaales und der anschließenden Nebenräume bedarf es außerdem der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, die zurzeit Ferien hat und bei früheren Gelegenheiten die Vergabe der Räume im Rathaus zu Bazarabenden abgelehnt hat.

Erweiterter Sonntagsruhe bei der Post. Die Sonntagsruhe bei der Post erfährt vom nächsten Sonntag, den 27. an, wie angekündigt, eine abermalige Erweiterung, indem an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen die Annahme von Paketen dergestalt eingeschränkt wird, daß in Berlin und Charlottenburg nur bei den Bahnhof-Postanstalten und bei einzelnen größeren, besonders günstig gelegenen Postämtern jedes Postbezirks eine Annahme von Paketen stattfindet, die übrigen Paketannahmestellen aber geschlossen bleiben. Die Auswahl derjenigen Postämter, bei denen auch künftig die Paketschalter an Sonn- und Feiertagen geöffnet bleiben, ist von der Oberpostdirektion so getroffen worden, daß Pakete auch Sonntags ausgeliefert werden können, ohne daß man allzu große Entfernungen zurücklegen muß. Geöffnet werden vom nächsten Sonntag an in Berlin die Paketannahmeschalter im Postbezirk O. bei den Ämtern 1 in der Heiligegeiststraße; W. 9 am Potsdamer Platz und 50 Markburgerstraße 12; SW. 11 Bahnhofstr. 2a, 19 Beuthstr. 20/21 und 61 Tempelhofer Ufer 1; S. 42 Ritterstr. 7; SO. 33 Staligerstraße 74, 98 Görlitzer Bahnhof; O. 17 Schleierder Bahnhof und 34 Petersburgerstr. 80; NO. 16 Lichtensbergstr. 22 und 55 Wilsstraße 19; N. 4 Invalidenstr. 23, 39 Schulzendorferstr. 26, 54 Voßgrünstr. 44/46 und 58 Danzigerstr. 3; NW. 21 Turnstraße 23 und 40 Invalidenstr. 79. In Charlottenburg sind es die Ämter 2 Goethestr. 2/3 und 5 Schloßstr. 24/25. Bei diesen wie bei familiären anderen Postanstalten mit Paketannahme, die zum Oberpostdirektionsbezirk Berlin gehören, werden von jetzt an die Paketannahmeschalter auch im Sommer von 8—9 vormittags und 12—1 nachmittags offen gehalten werden. Weggefallen sind überall die Stunden von 7—8 Uhr früh, für welche in der Großstadt am wenigsten Bedürfnis vorliegt. An den Sonntagen vor den Festen Weihnachten, Ostern und Pfingsten fällt diese Beschränkung fort.

Der berühmte Augenarzt Karl Ernst Theodor Schweigger ist hier gestern nach langem Leiden, 75 Jahre alt, gestorben. Schweigger ist ein Schüler von Albrecht v. Graefe und war bis 1871 Lehrer für Augenheilkunde an der Universität Göttingen. Nach Graefes Tode nahm er dessen Platz in Berlin ein.

Mit den üblen Gerüchten, die von den verschiedenen auf dem städtischen Zentralviehhof befindlichen privaten Fabrikbetrieben ausgehen, wird sich vielleicht das Reichsgesundheitsamt beschäftigen müssen. Bewohner jenes Stadtteiles haben an jene Behörde eine Eingabe gerichtet, die auch von zwölf in der Gegend wohnenden Ärzten unterzeichnet ist. Dr. A. Neumann, Direktor der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses im Friedrichshain, sagt in seiner Eingabe: „Es wäre, speziell im Interesse der Patienten des Krankenhauses im Friedrichshain, sehr erwünscht, wenn Mittel und Wege gefunden werden könnten, die zeitweise außerordentlich störenden üblen Gerüche zu verhindern.“

Vor einer Schwindlerin seien die Gärtnerbesitzer und Kranzbindergewandt. Eine junge Frauensperson bestellte einen Kranz für 5 M., behauptet, nur einen Hundertmarkschein bei sich zu haben und bittet, den Kranz mit den 95 M., die sie herausbekomme, nach ihrer Wohnung zu schicken, da sie augenblicklich keine Zeit habe, den Schein wechseln zu lassen. Wenn dann der Hausdiener mit Kranz und Geld kommt, so nimmt sie ihm beides ab und geht weg, „um den Hundertmarkschein zu holen“. Mit diesem und den 95 M. aber verschwindet sie durch den zweiten Ausgang des Hauses auf Nimmerwiedersehen. Jedemal bestellt sie den Hausdiener nach einem Gehäuf, um den Schwindeln auszuführen zu können. Die Gaunerin ist etwa 23 Jahre alt und 1,64 Meter groß. Sie hat dunkles Haar, große Augen mit stehendem Lid und ein volles bräunliches Gesicht. In einem Falle, der ihr in der Vintstraße gelang, trug sie eine blaue Satinbluse, einen weissen runden Strohhut und einen schwarzen Rock, in einem anderen, der sich in der Friedrichstraße abspielte, eine weiße seidene Bluse, einen schwarzen Hut und ebenfalls einen schwarzen Rock.

Mit dreizehn Jahren in den Tod. Die Selbstmordthat eines Berliner ist ein sehr trauriger Fall berichtet worden. Ein dreizehnjähriger Knabe hat Hand an sich gelegt. Ueber die Tat gehen uns folgende Einzelheiten zu: Der seit neun Jahren verwitwete Tischler Strögel hat zwei Söhne von 17 und 13 Jahren. Während der ältere ein orientlicher und fleißiger junger Mann ist, zeigte der jüngere von jeher einen Hang zu einem unregelmäßigen Leben. Zuletzt veräuerte er auch öfter die Schule. Ähmal wurde er, nachdem ihn der Vater als vermisst gemeldet hatte, von der Polizei aufgegriffen und auf der Reiterwache in der Oberwallstraße untergebracht, bis ihn sein Vater wieder abholte. Jetzt hatte er wieder fünf Tage lang die Schule vermisst. Als ihn sein Vater zur Rede stellte, behauptete er dreist, er sei doch in der Schule gewesen, der Rektor, der das Gegenteil mitgeteilt hatte, mußte sich geirrt haben. Strögel verlangte nun, daß er vom Lehrer eine schriftliche Bescheinigung seiner Anwesenheit mitbringe. Natürlich kam er ohne den Zettel. Nun half kein Lügen mehr und eine empfindliche Strafe war ihm sicher. Um ihr zu entgehen, nahm der Junge fünf Minuten, nachdem sie ihn gerufen hatte, fand ihn eine Frau Kerber in den letzten Zügen am Treppenaufgang liegen. Er rächelte schmerzlich und wurde von dem im Hause wohnenden Fuhrherrn Meißner mit einem Brech nach der Rettungswache in der Lindowstraße gebracht. Hier stellte der Arzt eine schwere Enolberggiftung fest. Nach Anwendung der ersten Gegenmittel ließ er ihn nach einem Krankenhause bringen, aber schon auf dem Wege dorthin starb der junge Selbstmörder.

Panik bei einer Gasexplosion. Gestern (Freitag) früh gegen 9 Uhr entstand in der Holmannstraße 32 in der Gasglühlichtfabrik

von M. Pledath u. Co., G. m. b. H., eine Gasexplosion, die große Aufregung hervorrief. Die Firma hat ihre Arbeitssäle im zweiten und dritten Stock des linken Seitenflügels. Die Arbeitssäle haben zwei Ausgänge, von denen der eine in gerader polizeiwidriger Weise stets verschlossen gehalten wird. Die benötigte Kraft liefert ein Gasmotor. Als nun gestern früh die Arbeit aufgenommen wurde, machte sich im zweiten Stock in dem Arbeitsraum bereits ein Gasgeruch bemerkbar, dem aber keine Bedeutung beigelegt wurde. Um die angegebene Zeit erfolgte dann plötzlich eine heftige Detonation, Stichflammen schossen aus den zertrümmerten Fenstern und Hülserufe wurden laut. Von allen Seiten stürzten nun Arbeiter anderer Fabrikbetriebe herbei, doch war ihnen der Eingang durch die verschlossene Tür versperrt. Da angenommen wurde, daß noch Arbeiterinnen sich in dem brennenden Saale befänden, so sprengten die Kunstschmiede Max Weiß und A. Bernig die Tür, vermochten aber infolge des Qualmes nicht weiter vorzudringen. Glücklicherweise waren aber auch sämtliche Arbeiterinnen durch den zweiten Ausgang entkommen, ohne besonders beschädigt worden zu sein. Zwei von ihnen fielen allerdings vor Schreck auf der Treppe in Ohnmacht, erholten sich aber bald wieder. Der entstandene Brandschaden ist nicht erheblich und konnte die alarmierte Feuerwehr bald wieder abklären.

Feuer in einer Zelluloidfabrik. Gestern Abend kurz nach 8 Uhr kam in der Stallschreiberstraße 21 in der Zelluloidwarenfabrik von Preuß u. Wittich aus noch nicht ermittelter Ursache ein Brand aus, der gefährlich zu werden drohte. Die Arbeiter hatten die Fabrik längst verlassen, als plötzlich hohe Flammen aus dem Dache des zweiten Luergebäudes schlugen. Die von verschiedenen Seiten alarmierte Feuerwehr rückte in mehreren Zügen an und griff mit zwei Dampfstrahlern sofort vom zweiten und dritten Hofe aus an. Der Brandherd lag im vierten Stock in einem Arbeitsraume der genannten Fabrik. Durch die entwickelte enorme Hitze war das Dach an einer Stelle schon durchgeschlagen und da in den unteren Stockwerken verschiedene Tischereien untergebracht sind, so war die Situation im ersten Augenblick beforgnisserregend. Der Feuerwehr gelang es indes, innerhalb einer Stunde jede Gefahr zu beseitigen. Der Fabrikraum ist ausgebrannt und ein Teil des Dachstuhles zerstört. Die Aufräumarbeiten hielten die Wehr noch längere Zeit am Brandplatze fest.

Festgenommen wurden drei Einbrecher, die in der Nacht zum Donnerstag aus den Schauläden der Waffen- und Eisenwarenhandlung von Nicolai in der Kömigr. 69 zehn Revolver im Werte von 75 M. stahlen. Einer von ihnen wurde vom Pförtner und Werkstattarbeitern gleich nach der Tat auf der Flucht ergriffen. Dieser ist ein gewerbemäßiger, mehrmals mit Zuchthaus bestraffter Verbrecher. Die beiden anderen, die zunächst entlassen, wurden gestern in ihrer Wohnung ermittelt. Es sind bisher unbekannt Arbeiter, die keine Beschäftigung haben und sich von dem alten Verbrecher verfahren ließen. Einer von ihnen wurde auf freien Fuß gelassen. Die Revolver fand die Kriminalpolizei noch in der Wohnung.

Bei einem Betriebsunfall ist gestern nachmittag der Tischler August Rosenberg, Guterstraße 34, lebensgefährlich verletzt worden. Er ist in einer Fräselei in der Badstraße beschäftigt und wollte dort an einer Fräsemaschine Holz Bretter durchsägen. Die Maschine funktionierte dabei nicht recht. A. wollte daher eine Schraube lösen, um das Getriebe wieder in Gang zu bringen; er vergaß jedoch, das ausliegende Brett vorher zu beseitigen. Als nun die Maschine wieder arbeitete, wurde das Brett ergriffen und A. mit solcher Gewalt gegen die Brust geschleudert, daß er bewußtlos zusammenbrach. Mit schweren Verwundungen wurde der Betroffene in kritischem Zustande dem Krankenhaus überwiefen.

Verbraunt. Die zahlreichen Opfer, die beim Kochen mit Spiritus teils durch eigene Unvorsichtigkeit teils auch durch Unglück gefordert werden, sind wieder um eines vermehrt worden. Die 63jährige Frau des erblindeten Drehorgelspielers Sam, Wollgasterstr. 2 war gestern Abend mit ihrem Kanne vom Spiele in ihre Behausung zurückgekommen und wollte nun das frugale Abendessen kochen. Sie benutzte dazu einen Spiritusapparat. Als die Gießkanne das kochende Wasser dem Kessel entnehmen wollte, kam sie mit dem Kessel der Spiritusflamme zu nahe und die Kleidung fing Feuer. Bald darauf brannte die alte Frau lichterloh. Der blinde Drehorgelspieler merkte anfangs gar nicht, was sich in dem Zimmer abspielte. Erst durch die erschütternden Schmerzensschreie seiner Frau wurde er aufmerksam. Er tappte zu ihr hin, und als ihm jetzt die Flammen entgegenzuschlugen, ward ihm die furchtbare Wahrheit nur zu klar gemacht. So schnell es dem Alten die Blindheit gestattete, holte er Dedern und Kissen herbei und erstifte schließlich die Flammen an seiner brennenden Frau. Vom Kopf bis zu den Hüften war die Unglückliche inzwischen vollständig verbrannt. Nachdem der schwerverwundete Körper in Watte eingehüllt worden war, erfolgte die Aufnahme der Greisin ins das Lazarus-Krankenhaus. An ein Ankommen der Verunglückten ist kaum zu denken.

Gerüchte über das angebliche Geständnis eines Mädchenmörders haben in Spandau den Polizeibehörden Veranlassung gegeben, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Kürzlich verstarb dort ein Vriestträger, der sich eines guten Reumutes erfreute. Bald nach seiner Beerdigung tauchte das Gerücht auf, er habe auf seinem Sterbebette Andeutungen gemacht, wonach er im Jahre 1892 ein Mädchen in der Umgebung von Spandau ermordet hätte. Als die hiervon in Kenntnis gesetzte Kriminalpolizei Nachforschungen anstellte, erklärten Angehörige des Verstorbenen, von dem Verbleib nichts zu wissen. Da aber in ihren Aussagen Widersprüche enthalten sein sollten, so werden die polizeilichen Ermittlungen noch fortgesetzt, um den Gerüchten auf den Grund zu gehen. — Tatsache ist, daß vor 13 Jahren zwei Spandauer Mädchen im Alter von 12 und 13 Jahren in der Umgebung der Stadt zu verschiedenen Zeiten ermordet wurden.

Feuerbericht. Freitag gegen Abend wurde die Wehr nach der Brüderstr. 4 gerufen, wo es auf dem Hofe brannte. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Mehr Arbeit gab es aber dann in der Schauspielerstr. 78, Ecke der Vollenstraße. Dort hatte durch die Unvorsichtigkeit eines Hausdieners beim Abfüllen von Spiritus ein größerer Posten von dieser gefährlichen Flüssigkeit in dem Spirituswagen der Viktoriafabrik von L. Meyer Feuer gefangen, das sich dann schnell ausbreitete und zu einer schweren Katastrophe führen konnte, da in dem Keller erhebliche Mengen von allerlei feuergefährlichen und explosiven Stoffen lagern. Die Feuerwehr war aber schnell zur Stelle und griff sofort mit aller Kraft ein. Wenn nur auch glücklicherweise eine Explosion verhütet wurde, so dauerte es doch geraume Zeit, bevor die Flammen erstickt waren. — In der Vorkamerstr. 20 mußte früh gegen 3 Uhr ein Kellerbrand unterdrückt werden. — Außerdem kam noch in den letzten 24 Stunden in der Frankfurter Allee 100 und in der Rügenstr. 25 in Wohnungen Feuer aus. Im wesentlichen wurden in beiden Fällen Möbel und Kleidungsstücke beschädigt.

Theater. In Otto Erich Hartlebens Komödien: „Die stiltliche Forderung“ und „Die Erziehung zur Ehe“, welche zur Erinnerung an den Dichter in Lessing-Theater am Freitag, den 1. September zum erstenmal in Szene gehen, wirken folgende Darsteller: In „stiltliche Forderung“: Irene Trisch, Käthe Podnisch, Hans Parr; in „Erziehung zur Ehe“: Margarete Albrecht, Adelsheid Lehmann, Leonie Poppier, Käthe Podnisch, Else Schiff, Irene Trisch, Karl Joreff, Willy Grünwald, Gustav Nidel, Kurt Schiele, Bruno Jener. — Neues königliches Opern-Theater (Kroll). Heute, Sonntag, geht neu einstudiert Cherubini: „Der Wasserträger“ (Zwei gefährliche Tage) zum erstenmal in Szene und zwar in folgender Besetzung der Hauptpartien: Graf Armand: Hans

Stetvert: Constanze seine Gemahlin: Josefina Grining; Micheli Wassertrager: Kammerling Herr. Gura; Daniel, dessen Vater: Otto Freiberger; Anton, sein Enkel: Hans Wierfalls; Angelina, dessen Braut: Eugenie Wilms; Margelline, Antons Schwester: Frieda Michels; Hauptmann: Paul Neuhoff; Leutnant: Emil Wahren. Leiter der Aufführung: Herr Gura, großherzoglicher Oberregisseur. Musikalische Leitung: Dr. Ernst Krumwald. — Es finden nur noch sechs Vorstellungen statt. — Morgen: Der Jägerbaron. Montag: Die Fiebermaus. — Das Schiller-Theater O. Wallner-Theater eröffnet, wie bereits angekündigt, heute, Sonnabend, mit Shakespeares Schauspiel „Ein Wintermärchen“ die diesjährige Spielzeit. Die erste Wiederholung des „Wintermärchens“ findet am Sonntag, den 27. August, abends statt. Sonntag nachmittag wird Max Halbes „Jugend“ gegeben.

Die totale Sonnenfinsternis am Mittwoch, den 30. August 1906, wird hier als partielle Finsternis, bei welcher $\frac{2}{3}$ der Sonne vom Monde verdeckt werden, zu sehen sein. Die Finsternis beginnt um 1 Uhr 9,9 Minuten mit dem Eingreifen des Mondes in den rechten Sonnenrand, erreicht ihre größte Phase um 2 Uhr 16,5 Minuten und endet um 3 Uhr 23,1 Minuten, indem der Mond nach links unten aus der Sonne herauszieht. Die Urania-Sternwarte in der Invalidenstrasse wird an dem genannten Tage von 12 Uhr ab für das Publikum geöffnet sein. Von 12 bis 1 Uhr wird Herr Dr. Ristenpart einen einleitenden Vortrag über die Finsternis halten. Ebenso wird am Dienstag, den 29. August, abends um 8 Uhr, ein Vortrag von dem genannten Herrn im Hofsaal der Urania-Sternwarte stattfinden, in welchem über die zur Finsternis entstandenen Expeditionen und ihre projektierten Arbeiten berichtet werden wird.

Treptow-Sternwarte. Am Sonntag, den 27. August, nachmittags 5 Uhr, spricht in Vertretung Direktor Krakenholds, Herr Dozent Jens Kägen auf der Treptow-Sternwarte unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder: „Ueber die bevorstehende Sonnenfinsternis am 30. August“, um 7 Uhr über: „Die Entwicklung der Himmelskörper“. Der Vortrag am Montag, abends 9 Uhr lautet: „Ueber die bevorstehende Sonnenfinsternis am 30. August“. — Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Sonne und abends ein Piglion und der Saturn beobachtet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Dienstag fand die Vereinsversammlung des Wahlvereins zu Schöneberg in Obsts Festhallen statt. Genosse Silbermann, Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung des Organisations-Statuts, referierte über den Entwurf. In einem etwa zweistündigen Vortrage erlegte der Referent die ihm gestellte Aufgabe in gemeinverständlicher Weise und reicher Beifall lobte ihm. In der Diskussion gab zunächst Genosse Wallermann alle Anträge bekannt, die bei der Beratung des Entwurfs in den verschiedenen Bezirken zutage getreten sind.

Genosse Küter ist, entgegen den Anträgen, die prozentuale Abführung der Eintrittsgelder und Beiträge an den Parteivorstand auf 10 bzw. 20 Prozent zu ermäßigen, für die Beibehaltung der im Entwurf festgelegten 25 Prozent. Auch kann er sich nicht gegen die endgültige Beschlußfassung des Parteivorstandes über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten ergeben, aussprechen. Bezüglich der Vertretung der Parteigenossen auf dem Parteitag soll seiner Ansicht nach als der richtige Maßstab die Zahl der organisierten Parteigenossen, nicht der Reichstagswähler maßgebend sein. Bei der Wiederaufnahme eines aus der Partei ausgeschlossenen müsse die den Ausschluß vollzogene Organisation gehört werden.

Die Genossen Fischer, Wallentin und Butz begründen die aus ihren Bezirken gestellten Anträge in kurzen Ausführungen und erheben um deren Annahme.

Genosse Bernstein will nur in besonderen Fällen den Parteivorstand als die letzte Instanz bei Streitigkeiten, welche sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten ergeben, anerkennen. Er betrachtet diese Bestimmung als ein Gelegenheitsgesetz und vor solchen Gelegenheiten müsse man sich hüten. Bezüglich der Vertretung der Reichstagsabgeordneten ist er, entgegen der Ansicht der Genossen in einigen Bezirken, welche nur den Fraktionsvorstand bzw. nur eine gewisse Anzahl von Abgeordneten als Vertretung ansehen wollen, dafür, die Bestimmung des Entwurfs beizubehalten. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß früher, z. B. unter dem Sozialistengesetz, den auf dem Parteitag nicht anwesenden Abgeordneten aus ihrem Richteramt ein Vorwurf gemacht wurde. Die Kostenfrage könne nicht der springende Punkt sein, da mit dem Wachsen der Partei auch die Einnahmen sich erhöhen.

Genosse Urban erklärte, daß ein großer Teil Paragraphen stilistische Unmöglichkeiten sind und stellte verschiedene redaktionelle Abänderungsanträge. Ferner vermißte er im § 3 die Angabe, aus wieviel Personen das Schiedsgericht zu bestehen habe. Wegen den Antrag, die Kontrollkommission als letzte Berufungsinstanz bei Ausschüssen anzusehen, könne man sich nicht idios genug ausdrücken. Im Reichsstatute werde die Berufungsmöglichkeit so weit wie irgend möglich gefordert, und hier soll sie beschnitten werden.

Nachdem noch mehrere Redner zu den gestellten Anträgen gesprochen, werden folgende angenommen:

§ 3 erhält folgende Fassung: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein aus sieben Personen bestehendes Schiedsgericht. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden und muß das Schiedsgericht binnen sechs Wochen nach der Antragstellung zusammenzutreten.“

Die Einberufung des Schiedsgerichts, die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.“

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.“

Ein diesbezüglicher Antrag ist jedoch seitens des Ausschusses der Parteiorganisation seines Wortortes rechtzeitig vor Einberufung des nächsten Parteitages zu unterbreiten.“

Im § 25 ist der 2. Absatz zu streichen. Zum Parteitage wurden folgende Anträge gestellt und angenommen:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: 1. Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie.

2. Die Schlußfrage. Der Parteitag möge beschließen:

1. Es ist eine rege Agitation für die Arbeitsruhe am 1. Mai zu entfalten.

2. Der Parteivorstand wird beauftragt, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird.

3. Der Parteivorstand wird beauftragt, sobald der Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erscheint, eine planmäßige Agitation in dieser Sache zu veranlassen.

Des ferneren schließt sich die Verlesung der Bochumer Resolution (siehe „Vorwärts“ vom 22. d. Mts.) an, unter direktem Hinweis auf die Schreibweise und die Tendenz der „Leipziger Volkszeitung“.

Ein vom Genossen Kubig gestellter Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages „die Kölner Bierbock-Angelegenheit“ zu setzen, wurde, nachdem Genosse Küter das Ungehörige dieser ganzen Bewegung gebührend gezeichnet hatte, abgelehnt. Ebenso wurde der Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt.

Als Delegierte zur Generalversammlung des Kreises wurden

gewählt die Genossen Emil Lehmann, Wallentin und Eduard Bernstein.

Zur Aufnahme gelangten 60 neue Mitglieder.

Spandau. Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins am Dienstag war ungewöhnlich zahlreich besetzt. Zunächst erstattete Genosse Reichholz den Bericht von der Kreis-Generalversammlung; in der Diskussion über denselben kritisierte J. M. S. L. die Beschlüsse betreffend die Konsumvereine. Alsdann berichtigte Genosse Böhle über die gegen die bisherigen Genossen Reue, Sinar und Dudsch vorliegenden Gründe, welche die erweiterte Parteileitung zu dem Antrage veranlaßt haben, diese drei aus dem Wahlverein und aus der Partei auszuschließen. Dieran knüpfte eine sehr eingehende Diskussion an, wonach der Ausschluß Reues einstimmig, derjenige Staats gegen eine und derjenige Dudschs mit allen gegen sieben Stimmen votiert wurde.

Zu dem nächsten Punkt „Injerte bedürftigen Stahlverordnetenwahlen“ stellte Genosse Pieper den in Nr. 83 des „Zimmerer“ erschienenen Schimpfartikel gegen Genossen Rieger gleichfalls zur Diskussion, da dieser Artikel bereits — wie vorausgesehen war — von unseren Gegnern im „Spand. Tagebl.“ ausgeschaltet wurde. Rieger erhielt Rieger das Wort zu seinem Bericht über die „Stadtverordnetenwahlen“. Er kennzeichnete kurz die Situation, unter welcher die diesjährigen Wahlen vorzuliegen gehen werden. Es bedürfte der Anspannung aller Kräfte und einer gründlichen und fleißigen Agitation, wenn überhaupt ernsthaft an Erfolge gedacht werden. Zu dem turnusmäßig ausstehenden fünf Genossen: Galleler, Lina, Scholz, Pieper und Rieger lämen noch die drei Mandate der soeben ausgeschlossenen, so daß insgesamt acht Mandate zu verteidigen sein werden. Auf den Artikel im „Zimmerer“ eingehend, geistete Redner die bequeme, aber verwerfliche Methode, einen sachlichen Gegner in dem Streite über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft auf eine derart unflätige und persönliche Art abzutun. Mit dem Artikel sei den Gegnern nur in die Hände gearbeitet worden. In der kurzen Diskussion sowohl wie durch vielfache Zwischenrufe kam die allgemeine Beurteilung des Vorgehens des „Zimmerers“ zum Ausdruck.

Schließlich wird der ganze Punkt wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung zwecks späterer Erledigung abgesetzt.

Zum Punkt 4. Anfrage des V. Bezirks betreffend den Kölner Bierbock gibt Rieger ein kurzes Resümee über die Sachlage. Das Schweigen der General- und der Bezirkskommission auf alle Angriffe und die eigenartige Stellung des „Vorwärts“ dazu lasse darauf schließen, daß doch etwas an der Sache sein müsse. Die Aufschrift eines Anonymus an die Parteipresse sei sehr auffällig. Genosse Reichholz stellte und begründete folgenden Antrag:

„Den Parteivorstand zu ersuchen, eine offizielle Aufklärung im Zentralorgan in dieser Bierbock-Angelegenheit zu geben.“

Nach weiterer Diskussion wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

(Genosse Rieger muß die doch gewiß ausgiebigen Erklärungen des „Vorwärts“ übersehen haben, andernfalls würde er nicht gut von einer „eigenartigen“ Stellung unseres Blattes zum Kölner Bierbock reden können. D. R.)

Rigdorf. Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 17. August, eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt die Verlesung des Andenkens des verstorbenen Genossen Trinks in üblicher Weise. Ueber das Thema: „Internationaler Umsturz“ referierte Genosse Kaliski. Zum nächsten Punkte: „Anträge zum Parteitag“ stellte Genosse Leise folgenden Antrag: Die Organisationen in den einzelnen Orten haben alle Jahre im Frühjahr öffentliche Versammlungen einzuberufen, zu welchen die Militär-gestaltungspflichtigen besonders zu laden sind. Die Tagesordnungen sollen etwa lauten: „Die Kasernen im Dienste des Kapitals“.

Der erste Bezirk stellt den Antrag: Bei außerordentlichen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen, zu deren Durchführung seitens des Parteivorstandes Sammlungen veranstaltet werden, sollen künftig anstatt der Ausgabe von Sammelbüchern Extrabeiträge erhoben werden, welche jeder Parteigenosse zu entrichten hat. Dieser Antrag wurde vom Genossen Scholz begründet. Beide Anträge wurden lebhaft diskutiert. Genosse Voelke erklärt in eingehender Rede, daß er von der Annahme der Anträge abrate. Ihm schlossen sich auch die anderen Redner an. Genosse Reich hält es für angebracht, daß eine Broschüre herausgegeben werde, die den zum Militär kommenden jungen Leute die erforderliche Aufklärung gebe. Auch gegen den Antrag des 11. Bezirks sprechen sich die meisten Diskussionsteilnehmer. Genosse Groger wünscht, daß neben den beantragten Extrabeiträgen auch noch die Listen für die indifferenten Arbeiter beibehalten werden. Genosse Reineke hat schwere Bedenken gegen diesen Antrag. Einem Genossen, welcher politisch und gewerkschaftlich organisiert und auch noch in der Agitation tätig ist, fällt es, wenn noch dazu eine starke Familie und geringer Lohn vorhanden ist, recht schwer, den Verpflichtungen nachzukommen. Durch den Extrabeitrag werden die Kosten noch erhöht. Die Möglichkeit liegt nahe, daß ein sonst tätiger Genosse, weil er den zu großen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, aus dem Wahlverein ausgeschlossen wird. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der beiden Anträge. Als Delegierter zum Parteitag wird Genosse Hoffmeister gewählt. Zur Kreis-Generalversammlung werden die Genossen Hoffmeister, Bagels und Heinrich als Delegierte entsandt. — Genosse Heinrich macht noch auf die am 27. August stattfindende Demonstration nach Kölschendorf sowie auf die am Sonntag, den 17. September, mittags 12 Uhr, in der „Neuen Welt“ stattfindende Matinee zum Besten der Russen aufmerksam. — Ein Antrag, den Dystern des Judentums 100 M. zu überweisen, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Pantow. Eine außerordentliche Mitgliedserversammlung des Wahlvereins, die am 18. August stattfand, nahm zum Parteitag in Jena Stellung.

Das einleitende Referat hielt Genosse Kubig. Er ging hauptsächlich auf die Punkte: Weltpolitik, Kaiser und politischer Massenstreik ein. In der eingehenden Diskussion äußerte sich die Meinung der Versammlung dahin, daß auf dem Parteitage eine gründliche Aussprache über die Kaiserfrage und den politischen Massenstreik stattfinden müsse. Die Weltpolitik als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wurde nicht gewünscht. Dabei wurde besonders die Begründung dieses Antrages durch den „Vorwärts“ in dem Leitartikel vom 6. Juli demüthigt. Zum Organisationsstatut wurden folgende Anträge angenommen: 1. Ein beantragtes Schiedsgericht ist innerhalb sechs Wochen vom Parteivorstand einzuberufen. 2. Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen erfolgt durch den Parteitag, falls die örtliche Organisation nicht widerspricht. 3. In allen Wahlkreisen soll ein Vertrauensmann gewählt werden. 4. Die Zahl der Parteitag-Delegierten richtet sich nach der Zahl der im Kreise organisierten Genossen. Falls keine Organisation vorhanden ist nach der Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl. 5. Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind allen offiziellen Parteiblättern zuzustellen, die sie an hervorragender Stelle veröffentlichen müssen. Ein Antrag, daß die politisch organisierten Genossen sich der Gewerkschaft anschließen müssen, wurde abgelehnt. Der Vorsitzende stellte mit, daß der Genosse Müller nach jahrelanger schwerer Krankheit gestorben ist; die Genossen ehrten sein Andenken in üblicher Weise. Der zweite Vorsitzende hat sein Amt niedergelegt; die Versammlung beschließt, jetzt keine Neuwahl vorzunehmen. Die ordentliche Monatsversammlung findet am 30. d. Mts. statt. Die Genossen werden aufgefordert, die schon seit längerer Zeit entliehenen Bücher an die Bibliothek zurückzugeben.

Treptow-Baumhauentweg. Der Wahlverein von Treptow-Baumhauentweg hielt am Dienstag im Restaurant Staffels seine Mitgliedserversammlung ab. Zunächst referierte Genosse Ludwig Hofmann über „Die Geheimnisse der

politischen Lage“. Der Referent schilderte die zerfallene Welt, die ungeheuren Kämpfe, die Nacht der Junler, die Fleischsteuerung und kam zum Schluß auf das winzige politische Recht der Arbeiter, das Wahlrecht, welches die herrschenden Klassen dem Proletariat entziehen möchten, zu sprechen. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion. Den Bericht aus der Gemeindevertretung gab Genosse Gramenz. Im Anschluß hieran wurde der kleine Kaiser, welcher sich — nach den Ausführungen des Amtsvorsethers — als Demuziant gekennzeichnet und unsere Vertreter herabzusetzen sucht, ins richtige Licht gestellt. Bezeichnete er doch die Leier des „Vorwärts“ als Herde und wunderte sich, daß auch unsere Genossen für Geheimhaltung der in nichtöffentlicher Gemeindevertreter-Sitzung verhandelten Gegenstände stimmten und der „Vorwärts“ von einem Maulkorbgesetz, welches bei künftigen Wahlen seine Wirkung nicht verfehlen würde, gesprochen hatte. Daß aber unsere Vertreter vorher erklärten, auch nur Sachen, welche wirkliche Geheimhaltung erfordern, in geheimen Sitzungen zu verhandeln, widerlegte der Wählerklub doch Mitteilung gemacht wurde, verweigert sein „Hintermann“. Zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Voigt, Riedel und Juchz delegiert. Außer den schon in voriger Versammlung zum Parteitage gestellten Anträgen gelangte noch einer des Genossen Böhle zur Annahme. Er besagt, daß die zur Fahne einberufenen jungen Leute vorher durch Wort und Schrift über Beschwerderecht des Soldaten etc. aufgeklärt werden sollen.

Zehlendorf. In Zehlendorf, Ortsteil Schönow, brach gestern mittag bald nach 12 Uhr in der neuen Elberfelder Papierfabrik ein größerer Brand aus. Die Wehren von Groß-Lichterfelde, Stahnsdorf, Nuhlsdorf und Gützig eilten zur Hilfe herbei. Der größte Teil der Fabrik ist niedergebrannt.

Zeltow. Beim Abpringen von der Bahn wurde gestern wieder ein Unglücksfall hervorgerufen. Der Arbeiter Rosenthal kam mit der Bahn von Groß-Lichterfelde hier an und sprang kurz vor der Haltestelle Nuhlsdorfer Platz ab. Dabei stürzte er so unglücklich, daß er gleich nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Vermischtes.

Das gelbe Fieber. Aus New Orleans wird berichtet: Das gelbe Fieber herrscht ungeschwächt weiter. Gestern sind in der City 44 neue Erkrankungsfälle und 7 Todesfälle gemeldet worden. Auch außerhalb der City ist die Lage beunruhigend. Man befürchtet, daß das Fieber nicht abnehmen und in Leebville und Patterson nicht verschwinden wird, bis die Witterung kühler geworden ist. Aus den Bezirken Amelia und Assumption, die bisher vom Fieber verschont geblieben waren, werden 60 Fälle gemeldet. Die ärztlichen Behörden sind der Ansicht, daß sich die Gesamtzahl der Fälle im Staate Louisiana auf 1000 beläuft.

Ein Justizmord in Altona? Ein schwerer Justizmord ist anscheinend in Altona entdeckt worden. Im Sommer 1901 wurde in Altona die Prostituierte Wäbe ermordet. Als Täter wurde allgemein der Schlächtergeselle Reimann bezeichnet, der auch vom Gericht für schuldig befunden und hingerichtet wurde. Gestern ist nun, wie das „V. T.“ meldet, der Hamburger Tischlergeselle Habel dem Gerichtsamt zugewiesen worden. Seine eigene Mutter und Schwester bezichtigten ihn, den Mord an der Prostituierten begangen zu haben. Reimann muß danach unschuldig entlassen worden sein. Eine Aufklärung des traurigen Falles wäre dringend zu wünschen.

Einen Kampf mit einer Walfischherde hatte der Hamburger Dampfer „Graecia“ auf seiner Fahrt von New York nach Westindien zu bestehen. Am 28. Juli bemerkte der wachhabende Offizier rechts voraus vier oder fünf riesige Walfische; er gab deshalb den Befehl, das Steueruder hardbord zu legen, um der Herde auszuweichen. Trotzdem schwammen die Tiere gerade auf das Schiff zu, ein sehr großer Wal steuerte sogar auf den Bug der „Graecia“. Das Schiff erlitt mehrere leichte Erschütterungen, die besonders bemerkbar waren, als die Schraube dem mächtigen Wal den Weg gab. Gleich darauf farbte sich das ganze Meer in der Umgebung des Schiffes rot, und weiter hinten hinaus sah man das tote Tier aus den Fluten auftauchen. Die Fahrgäste waren ängstlich an Deck erschienen, weil sie glaubten, es habe ein Zusammenstoß stattgefunden.

Zum Spremberger Eisenbahnunglück. Mehrere Bürger von Teupitz fühlten sich gegenüber der Mitteilung, daß der Urheber des Spremberger Eisenbahnunglücks, Stationsassistent Stulgys, in trunkenem Zustande gewesen sei, zu einer „Ehrenklärung“ veranlaßt, in der es heißt: Gegenüber der Angabe, daß der Stationsassistent Stulgys am Sonntagabend und am Montagvormittag total betrunken gewesen sei, erklären wir, daß diese in die Welt gesetzten Behauptungen auf Verbreitung müßigen Geredes zurückzuführen sind. Stulgys war in Hofes Lokal vom Sonntagabend bis Montagmittag anwesend und hat nicht im entferntesten soviel getrunken, daß er auch nur angeunken sein konnte. Er ist vollständig vernünftig wie jeder andere Mensch zur Bahn gegangen, nachdem er drei bis vier Stunden vorher geschlafen hatte. Dr. Rose, Hotelbesitzer, A. Brog, Fabrikbesitzer, Aug. Dittinger, Glasbläser, bester, W. Weichert, Kaufmann.

Man braucht die schwere Schuld, die die Eisenbahnverwaltung durch ihr Sparanknüpfen auf sich geladen hat, nicht zu bemängeln und kann doch zu dem Schluß kommen, daß ein Mann, der vom Abend bis zum Mittag freit, unmöglich die Fähigkeit zur Leitung eines verantwortungsvollen Dienstes mitbringt.

Ueber ein Jagdunfall, das der Syndikus der Schöffenschen Verwaltung, Rechtsanwalt Sommer angerichtet hat, berichtet die „Nation, Ztg.“ aus Groß-Ponion, Kreis Jägrze: Sommer schob auf einen auf einer Anhöhe stehenden Rehbock, die Kugel ging fehl, prallte an einem Gegenstand ab, nahm dann ihren Weg die andere Seite der Anhöhe hinab, durchschlug die Wand eines dort fahrenden Wagens und tödtete einen darin befindlichen jungen Mann. Ein zweiter wurde verletzt. Nach einer anderen Meldung hat der unglückliche Schütze mit einem Militärgewehr Model 88 (mit Vollmantelgeschoss) auf einen Rehbock geschossen, der vor einem Maisfeld stand. Als der Wad, der nicht getroffen wurde, in hoher Flucht abging, sandte der Schütze dem Tiere einen zweiten Schuß nach, durch welchen zwei Knoche, die sich hinter einem hohen Maisfeld auf einem Däselgepömm befanden, getroffen wurden. Der eine der beiden Verunglückten, der Sohn eines Bauern aus Groß-Panow stürzte, durch den Kopf getroffen, sofort tot nieder. Der zweite Getroffene, ein russischer Arbeiter, wurde schwer verwundet, dürfte aber am Leben erhalten werden. Rechtsanwalt Sommer versuchte angefaßt der Katastrophe sich selbst zu erlösen, wurde aber hieran durch seinen Jagdbegleiter Förster Schweter gehindert. Er stellte sich unverzüglich der Polizeibehörde.

Auf Deutsch-Samoa hat sich ein neuer Vulkan gebildet. Nach einem am 15. d. M. in Apia ausgegebenen Telegramm ist nach einer längeren Zeit erhöhter Erdbodenaktivität hinter Matantu an der Nordseite der Insel Savaii ein neuer Vulkan entstanden. Gefahr scheint vorläufig nicht vorhanden zu sein, die einheimische Bevölkerung zeigt keine Panik.

Das Hsfol. Der Deutsche Apotheker, der jetzt in Breslau abgehalten wird, beschloß, bei den maßgebenden Stellen dahin vorstellig zu werden, daß das Hsfol dem freien Verkehr entzogen werden möge. Wahrscheinlich für diesen Beschluß waren die Selbstmorde und Morde bezw. Verwundungen mit Hsfol, die sich in letzter Zeit in geradezu bedauerlicher Weise gehäuft haben.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Dichtbarste Pilot-Taschen. Große Hüften umhüllt. Die Hose bei Entnahme von 4 M. 50
 6 Stück 20 M.

Manchester-Hose Marke Gambrinus, Zwickelfalte . . . 5 M. 50
 Gefütterte Wäsche-Jackett 14,50 8,75
 Gefütterte Wäsche-Jackett 1 M. 90
 Gefütterte Wäsche-Jackett 1 M. 90
 Gefütterte Wäsche-Jackett 1 M. 90
 Prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 50
 Gefütterte Wäsche-Jackett . . . 2 M. 10
 Weiße Wäsche-Jackett 3,50, 2 M. 75
 Konditor-Jacken, Dreifach . . . 4 M. 50
 Wäsche-Rittel . . . 3,50, 2 M. 25
 Mechaniker-Rittel (braun) 3,50, 2 M. 40
 Weiße Leder-Jackett, Dreifach . . . 7,50, 3 M. 75
 Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 90
 Stoffreimer-Jacke, blau, nach Vorzählung . . . 5 M. 50
 Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
 En gros. Export. Et detail.
 Chausseur, 24a, 25, Princesstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugelandt.
 Bei Bestellung von Dingen ist die Hundeweile und die Schnittlänge, bei Jackett und Rittel die Brustweite anzugeben. 36152
 — Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Nathan Wand
 129 Zallierstr. 129.
 Die schönsten 40142
 Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
 Monats-Garderobe von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend. Spezial-Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu handlich billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
 129 Zallierstr. 129.
 Hochbahnstation Kottbusser Tor.
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wilh. Burg Restaurant
 Lindenstr. 3,
 2. Hof partierre, empfiehlt sein 30292
 Großes Vereinszimmer (bis 120 Personen) für Werkstatt-Versammlungen und Vereine. Vorzügliche Speisen und Getränke.

4011L*

Gelegenheits-Partie
Gardinen

abgepaßte Fenster, weiß und crème
 Shawlänge pro M. 250
 3 Mtr. Patr.
 Shawlänge pro M. 335
 3,20 Mtr. Patr.
 Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Patr. M. 585
 Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 185
 Gestickte echte Spachtel-Stores M. 600
 Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores M. 485
 Tüllbett-decken 180/220 M. 235
 Reichgest. Emb.-tüllbettdecken M. 685

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158
 Nach auswärts per Nachnahme

Gardinen-
 Katal. m. ca. 600 Abbildungen gratis und franko.
 Blumen, Rode, Köstliche werden billig angefertigt. Änderungen, Modernisieren billig. Näheres Nr. 10, p. 1.

Achtung!
Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter.
 Die Kollegen derjenigen Werkstätten, die noch nicht im Besitz der statistischen Fragebogen sind, werden ersucht, dieselben umgehend vom **Verbands-Bureau**, Kleine Andreasstraße 15, abzuholen.

75/19
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Möbelpolierer.)
 Montag, 28. August, abends 8 1/2 Uhr, im **Königstadt-Kasino**, Holzmarktstraße:
Branchen-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Max Schütte**: „Sophie, Gräfin v. Hatfeld“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
 Die Kollegen werden ersucht, recht rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren. 91/5

Mittwoch, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, bei **Kabat**, Blumenstraße 38:
Branchen-Kommissions-Sitzung.
 Der Obmann.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung für die Küchenmöbel-Branche.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung!
Rollkutscher, Begleiter u. Bodenarbeiter aus allen Speditionsbetrieben Berlins!

Sonntag, den 27. August, abends 6 Uhr, im **Feen-Palast**, Burgstraße 22 (Eingang St. Wolfgangstraße):
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Lohnkommission über die zuletzt stattgefundenen Verhandlungen mit den Herren Speditoren.
 2. Diskussion und Beschlußfassung.
 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Geschäftliches. 71/4
 Da diese Versammlung für jeden einzelnen Kollegen, Rollkutscher usw. von weitestgehender Bedeutung ist — und dies um so mehr, da diese Versammlung für unsere diesjährige Bewegung die Entscheidung bringt — ist es Ehrenpflicht aller Kollegen, in der Versammlung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
 Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang zur Versammlung vorzulegen.
 Neue Mitglieder können aufgenommen und Beiträge entrichtet werden.
Die Lohnkommission.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin u. Umgegend.
 Sonntag, 27. August, vormitt. 10 Uhr, im **Establishment Bughenhagen**, Woyersplatz:
Außerordentliche Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung vom Generalkongress. 2. Diskussion. 3. Branchensangelegenheiten und Verschiedenes. 43/5
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung! Fliesenleger und Hilfsarbeiter.
 Sonntag, den 27. August, vormittags 10 Uhr, im **Neuen Klubhaus**, Kommandantenstr. 72:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
 des Ortsvereins Berlin der Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands (Abteilung I und II).
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht von den Vertragsverhandlungen mit den Arbeitgebern. 293/1
 2. Diskussion.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
 Der Vorstand. J. H. v. Vogel

Berliner Schweiz!
Zwiebusch Gosener Berge.
 Inh. u. Begr.: Hermann Gärtner.
 Morgen Sonntag, 27. August:
Große Extrafahrten mit Musik
 Gesetlich geschützt.
 früh 9 Uhr, nachm. 2 1/2 Uhr von Reederol Nobiling (Schultheißgarten), Jannowitzbrücke. Vorm. a Person 1 M., Kinder 50 Pf., nachm. 75 Pf. Einfache Fahrt 50 Pf. Rückfahrt 1/2, 5/12, 9/12 Uhr.
Höhenfeuer, Alpengeläuten.
 Mit Musik **wochent. Extrafahrten**, a Pers. 50 Pf., Kinder 25 Pf.:
 Montags 2 Uhr: Dampfschiff-Ges. Stern, Jannowitzbrücke (Belvédère).
 Dienstags 2 Uhr: Reederol Nobiling, Jannowitzbr. (Schultheiß).
 Mittwochs 2 Uhr: Reederol Nobiling, Jannowitzbr. (Belvédère).
 Donnerstags 2 Uhr: Dampfschiff-Ges. Stern, Jannowitzbr. (Belvédère).
 Freitags 2 Uhr: Reederol Nobiling, Jannowitzbr. (Schultheiß).
 Sonnabends 2 Uhr: Reederol Nobiling, Jannowitzbr. (Schultheiß).
 Täglich früh 9 Uhr: a Person 60 Pf., Kinder 30 Pf. vom Schultheiß-Garten, Reederol Nobiling, Jannowitzbrücke.
 Rückfahrt 8 Uhr. Ankunft in Berlin 10 Uhr.
 NB. Das Betreten der Gosener Berge, meiner Pachtungen und Besitzungen ist nur meinen Gästen gestattet. 976b

Achtung!
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Stodarbeiter **Reinhold Arthlich** am 18. August verstorben ist und am 22. August zur letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
 91/10 Die Ortsverwaltung

Greift zu! dem Besten
 Monats-Anzüge . . . 8,50 M. an
 Abonnements-Anzüge . . . 9,50 . . .
 Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Reblen . . . 10,50 . . .
 Anzüge, Erlay für Maß . . . 20, . . .
 Paletots . . . 7,50 . . .
 Samung-Dol. od. Jacketts . . . 3, . . .
 Getragene Kleidungsstücke von Kavallieren, Reblen, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, isoliert billig. 27/10*
Zentral-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 3 Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke

Nur neuste Moden.
 Dieser feste, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet **M. 1.90.** in großer Auswahl.
Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neuste Moden.
 Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Str. 48, 1 Treppe.
 drittes Haus vom Alexanderplatz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
 Filzhüte für Herren, neuste Form, mit Futter M. 1.50, Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.
 Sonntags geöffnet. 33332*

Raucht Vineta No. 8
 beste 2 Pf.-Zigarette!
 3861L*

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
 Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
 Lager in Schirmen und Mützen. 38442*

Spezial-Geschäft für Uhren.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für 21/10* **Haut- und Nervenleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Eine Mark
 wöchentl. Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden
 Bestellung n. Maß, tabellose Auslieferung in eigener Werkstatt. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg, An d. Jannowitzbrücke 1, 1. Bahnh. Jannowitzbrücke.

E. Möbis, 14 Reuthstr. 14 (am Spittelmarkt). Zweites Geschäft: Koppenstr. 82.

Augen auf!
 Wir empfehlen:
 1 Posten getragene Herren-Paletots
 1 Posten getragene Herren-Anzüge
 1 Posten getragene Hosen
 1 Posten getragene Gehröcke u. Rockanzüge
 von den feinsten Herrschaften und Kavallieren. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen **spotbillig.**
 Zugleich machen wir auf unsere Abteilung **neuer Garderobe** aufmerksam.
J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben
 Hauptgeschäft: Chausseurstr. 30 a.
 2. Geschäft: Prinzenstr. 17, a. d. Wasserthorstr.
 3. Geschäft: Oranienstr. 116, a. d. Anhalterstr.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Redierer **Emil Seidel** (13. Bezirk) verstorben ist. 235/9
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Prinz-Jannowitzstr. 12, aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 Der Vorstand.
 Ferner verstarb das Mitglied der Gastwirt **Franz Jaroczewski** (7a Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabendnachmittag 5 1/2 Uhr vom Trauerhause, Eichenstraße 76, aus nach dem Michael-Richhof statt.
 Rege Beteiligung erwartet.
 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Ortsverwaltung Rixdorf.
 Am Donnerstag, den 24. August, verstarb nach längerem Leben im 52. Lebensjahre unser Kollege, der Gastwirt **Franz Jaroczewski.**
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Rixdorf, Eichenstraße 76 (Friedrichshagen) aus nach dem St. Michael-Richhof in der Hermannstraße statt. 68/18
 Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.
 Die Ortsverwaltung. J. H. v. Müller.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Stodarbeiter, Kollege **Johann Chuchut** am 24. August nach längerem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Geist-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht.
 91/11 Die Ortsverwaltung.

Invaliden - Unterstützungs-kasse d. Steindrucker u. Lithographen.
 Die Beerdigung des am 23. August verstorbenen Steindruckers **Wilhelm Pelsch** findet statt am Sonntag, den 27. August, nachmittags 3 Uhr, auf dem **Annaburger Gemeinde-Kirchhof.**
 10276 Das Komitee.

Am 24. August entließ nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, der Restaurateur **Adolf Hoffmann.**
 Um stille Beileid bitten
Minna Hoffmann und Sohn, Charlottenburg, Köpenickerstr. 5.
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen **Kulmburger Kirchhofes** in Westend statt.

Statt besonderer Meldung!
 Am 23. August starb nach langem, sehr schwerem Leiden meine ungeliebte Mutter, Frau **10146**

Wilhelmine Schmidt
 geb. Ahrendt
 im 66. Lebensjahre im Krankenhaus Friedrichshagen am Angersberg. Der die teure Verstorbenen genau gekannt hatte, der wachte mit welcher Liebe sie an mir hing. Ihr ganzes Leben war ununterbrochen schwere Arbeit, Not, Entbehrung und Enttäuschung, ein armes Proletariatweib, und doch noch viel zu früh dahingegangen für ihren tranernden Sohn **Fritz Ahrendt**, Blumenstr. 54.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des **Zentral-Friedhofes** in Friedrichshagen aus statt.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Restaurateurs **Ernst Röhr** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 40723
 Die trauernde Witwe **Emilie Röhr.**

